

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Postgeld Mk. 1.50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 11.

Hamburg, den 17. März 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Regie- oder Unternehmerbau? — Zum Krankentassenwesen. — Kindermord in der kapitalistischen Gesellschaft. — Berichte. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gerichtliches. — Arbeiterversicherung. — Vermischtes. — Literarisches. — Adressen und Bekanntmachungen der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungsanzeigen. — Anzeigen. — Verkehrsnotate. — Feuilleton: Die Girondisten.

Lohnbewegung.

Der Bezug ist fernzuhalten von **Stargard i. Pommern.**

Mitglieder!

Vergeßt nicht unsere Arbeitslosenstatistik.

Bekanntmachung.

Die Auszahler der Wanderunterstützung werden nochmals besonders auf den § 6 Abs. 5 des Verbands-Statuts hingewiesen, nach welchem das Geschenk in einem und demselben Lokalverband innerhalb 4 Monate nur einmal erhoben werden darf.

Nachfolgende Mitglieder werden ersucht, ihr Verbandsbuch sowie auch ihre Reiselegitimation zwecks Kontrolle an uns einzusenden:

M. Schwell, Nr. 4956. — Chr. Müller, Nr. 9158. — Ab. Bierwagen, Nr. 9222. — S. Gehrt, Nr. 10507. — S. Fürst, Nr. 10872. — Th. Baumann, Nr. 37373.

Alle Auszahler der Wanderunterstützung ersuchen wir, an obengenannte Mitglieder keine Unterstützung auszusahlen.

Die Namen und Nummern derjenigen Mitglieder, welche in den vorhergehenden Nummern des „Zimmerer“ veröffentlicht sind und jetzt nicht mehr bekannt gegeben werden, sind als geregelt zu betrachten. Es haben dieselben mithin Anspruch auf die Wanderunterstützung.

Der Verbands-Vorstand.

Bekanntmachung.

Allen Mitgliedern, speziell aber den Kassirern in den Lokalverbänden, geben wir bekannt, daß auf Grund § 4 unseres Statuts, sowie des durch die Urabstimmung der Mitglieder bestätigten Beschlusses, die erhöhten Beiträge für die sechs Sommermonate am 1. April in Kraft treten.

Für die Sommerbeiträge werden bekanntlich besondere Marken mit der entsprechenden Inschrift herausgegeben und ersuchten wir deshalb die Kassirer, da, wo solche Marken nicht oder nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, solche umgehend bei uns zu bestellen, damit keine Störung in der Beitragszahlung eintritt.

Die Höhe der Beiträge wird nach dem ortsüblichen Tagelohn berechnet und beträgt:

1. Lohnklasse bis zu einem täglichen Verdienst von Mk. 3, wöchentlich 15 Pf.;
2. Lohnklasse bis zu einem täglichen Verdienst von Mk. 4, wöchentlich 20 Pf.;
3. Lohnklasse bis zu einem täglichen Verdienst von Mk. 5, wöchentlich 25 Pf.;
4. Lohnklasse über Mk. 5 täglichen Verdienst, wöchentlich 30 Pf.

Sedoch werden täglich nicht mehr als zehn Arbeitsstunden berechnet. Wo z. B. noch elf Stunden gearbeitet und pro Stunde 30 Pf. bezahlt wird, so würde dies pro Tag Mk. 3.30 ergeben. Hier werden aber nur zehn Stunden à 30 Pf. berechnet und haben diese Mitglieder mithin ihren Beitrag nach der ersten Lohnklasse von wöchentlich 15 Pf. zu entrichten.

Der Verbands-Vorstand.

An die Parteigenossen!

Der Arbeiter-Weltfeiertag rückt näher und Pflicht unserer Genossen ist es, für die würdige Feier dieses Tages auch in diesem Jahre die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Wir wissen zwar, daß an den meisten Orten die Genossen bereits die erforderlichen Schritte gethan haben. Um die Feier aber zu einer der Bedeutung der deutschen sozialdemokratischen Bewegung entsprechenden zu gestalten, darf kein Ort zurückbleiben, wo wir organisierte Genossen haben.

Ueber die Form der Feier und ihre Bedeutung hat sich der letzte Parteitag in Köln in folgender Resolution ausgesprochen:

Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbündeten, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.

Parteigenossen! Der Hinweis auf den vorstehenden Kongreßbeschuß wird genügen, daß überall die Anstalten getroffen werden, welche notwendig erscheinen.

Seitens der Parteileitung wird auch in diesem Jahre wieder eine Maifestnummer herausgegeben werden und verweisen wir auf die bezügliche Ankündigung der Buchhandlung des „Vorwärts“.

Parteigenossen! Die Ehre der Partei verlangt, daß, wie bisher, auch in diesem Jahre die Maifeier ihren imposanten Charakter wahr.

Der Partei zu Nutz, ihren Feinden zum Trug!

Berlin, den 5. März 1894.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Regie- oder Unternehmerbau?

Wenn der Staat oder irgend eine Stadtgemeinde Bauarbeiten auszuführen hat, dann geschieht das gewöhnlich in sehr verschiedenen Arten. Entweder die technischen Beamten des Staates oder der Stadtgemeinde nehmen selbst Arbeiter gegen Tagelohn an, vergeben auch wohl einzelne Theile der Arbeit an mehrere Arbeiter in Akkord, dann nennt man diese Art der Ausführung „Regiebau“. Oder aber der Bau wird im Submissionswege an Unternehmer vergeben, dann nennt man diese Art der Ausführung „Unternehmerbau“. Das Rohmaterial wird manchmal vom Staate respektive von der Stadtgemeinde selbst geliefert, oder diese Lieferungen werden an Unternehmer extra vergeben. Die

Ausführung der Bauten wird auch an Unternehmer der verschiedenen Gewerbe getrennt oder auch stückweise an Generalübernehmer vergeben usw. Lassen wir aber alle diese Mittelarten fort, betrachten wir nur die Hauptarten der Bauausführung, den Regie- und den Unternehmerbau.

Im Mittelalter sind alle größeren Bauarbeiten in Regie ausgeführt worden. Der Staat spielte damals nur eine untergeordnete Rolle, es waren meist die Stadtgemeinden, die größere Bauten auszuführen hatten. Diese bestellten sich irgend einen Baumeister und stellten diesem die nöthige oder auch die vorhandene Anzahl Arbeiter zur Verfügung. Die Löhnung dieser Arbeiter geschah von Seiten der Stadt. Oft bestand die Löhnung nicht nur in barem Gelde, sondern es kam auch noch die Beköstigung dazu.

Diese Arbeiter sind freilich auch nicht schlechthin im modernen Sinne des Wortes aufzufassen, sondern diese bestanden, soweit die Bauhandwerker in Betracht kommen, aus den drei Kategorien: Meister, Gesellen und Lehrlinge. Der mittelalterliche Meister hat mit dem modernen Meister absolut keine wirtschaftliche Ähnlichkeit, er war eigentlich nichts weiter als ein Tagelöhner, der bei passender Gelegenheit einen Gesellen und auch einen Lehrling mit zur Arbeit bringt und dafür pro Tag neben seinem Lohne noch einen Meistergroßchen für seinen Gesellen und für seinen Lehrling erhält.

An großen Bauten, wie Kirchen, Rathhäusern usw. arbeiteten oft mehrere solcher Meister mit ihren Gesellen und Lehrlingen zusammen unter der Leitung eines Baumeisters und zwar im Tagelohn. Alle Bauhandwerker eines Landstriches oder Ländchens oder mehrerer Ländchen — wie diese noch vor hundert Jahren in Deutschland existirten — bildeten zum Theil auch eine „Bauhütte“. Diese Organisation ist dahin aufzufassen, daß jeder Meister seine bestimmten Kunden hatte und daß größere Bauten von den Meistern einer solchen Bauhütte gemeinsam oder doch von einem Theile der Mitglieder gemeinsam ausgeführt wurden, je nachdem die Größe der Bauten Menschenkräfte erforderte.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem, dem der Staat sowohl wie die Stadtgemeinden unterworfen sind, räumte aber nach und nach immer mehr mit dieser Art der Bauausführung auf. Es ist ja bedeutend bequemer, die Bauten irgend einem Unternehmer zu übergeben und diesen verantwortlich zu machen, als die Bauten selbst auszuführen und alles Risiko auf den eigenen Schultern zu haben. So hat der Regiebau dem Unternehmerbau nach und nach fast vollständig Platz gemacht.

Durch den Umschwung der Art der Bauausführung hat zunächst die Qualität der Bauarbeit sehr gelitten. Gegenüber den mittelalterlichen Bauten erscheinen sehr viele neuerrichtete geradezu wie Ruinen. Dies ist den Staats- und Stadtbehörden auch nicht verborgen geblieben, man hat allerhand Manipulationen versucht, um den Auswüchsen dieser Art Bauausführung entgegenzuwirken; man hat die Materialienlieferungen und die Ausführung der Arbeiten

verschiedenen Unternehmern übergeben, man hat das Submissionswesen in gewissen Punkten abgeändert usw. Remedur hat man aber bisher noch nicht schaffen können. Man hat im Gegentheil durch die Bekämpfung neuen Auswüchsen Thür und Thor geöffnet.

Die Lage der Bauhandwerker ist aber gerade durch Einführung des Unternehmerbaues zu dem geworden, was sie heute ist. Mit der Uebergabe der Bauten an Unternehmer ist das Submissionswesen unzertrennlich; sobald also ein Bau ausgeschrieben wird, geht ganz stillschweigend die Frage an die Unternehmer nebenher: Wer ist im Stande, mit Hintansetzung aller Menschlichkeit, die Löhne am tiefsten zu drücken? Was in dieser Beziehung bisher geleistet worden ist, braucht nicht mehr angebeutet zu werden, es ist allgemein bekannt.

Die Ausföhrung der Bauten durch Unternehmer bewirkt Verbilligung und Verschlechterung der Bauarbeit und Herabdrückung der Lage der Bauhandwerker.

Bei unseren Staats- und Stadtbehörden kommt es nun sehr wenig auf die Lage der Arbeiter an, wohl aber müssen sie etwas auf die Bauausföhrung geben. Dazu kommt noch, daß sich Abnormitäten bilden, und daher sehen wir öfter, daß der Regiebau wieder aus der Kumpfkammer hervorgeholt wird.

Wir sehen von dem schönen Beispiel ab, das der Hofbaurath Demmler in Schwerin in den Jahren 1823—1851 durch Innehaltung des Regiebaues gegeben hat, weil dabei doch wohl die wirtschaftliche und somit auch die technische Zurückgebliebenheit Mecklenburgs mit in Betracht kam. Aber neuerdings ist wieder des Besteren bekannt geworden, daß Stadtgemeinden zum Regiebau gegriffen haben. Ihnen kam es zunächst darauf an, „solide“ Arbeit zu bekommen, und wir zweifeln nicht daran, daß in dieser Richtung Vortheile zu verzeichnen sind.

In Bezug auf die Arbeiter aber ist von Seiten der Bauleitungen noch ein größerer Druck ausgeübt worden, als es den Unternehmern möglich gewesen sein würde. Aus Freiburg i. S. wurde sogar offiziell gemeldet, daß die Maurer und Zimmerer nur 28 Pf. pro Stunde erhalten haben, wogegen die Unternehmer thatsächlich 4 Pf. pro Stunde haben mehr zahlen müssen. Auch aus Dresden wird gemeldet, daß gegenwärtig eine neue Brücke über die Elbe gebaut und von der Stadt in eigener Regie ausgeföhrt wird. Die Steinmeharbeiten werden dabei aber

alle 20—40 Prozent unter dem üblichen Tarif ausgeföhrt, der zwischen dem Fachverein der Steinmehen und den Steinmehmeistern vereinbart worden ist. In dieser Beziehung bildet also der moderne Regiebau einen Fortschritt der Arbeiterausbeutung.

Es ist aber auch bekannt, daß die Staats- und auch die Stadtbehörden noch energischer die politische Gestinnung ihrer Arbeiter beeinflussen, als es den Unternehmern möglich ist. Arbeiter, die sich offen zur Sozialdemokratie bekennen oder irgend einer Gewerkschaftsorganisation angehören, werden einfach gemahregelt. Zu allen den bekannten diesbezüglichen Vorkommnissen kommt jetzt auch die Nachricht aus Dresden, daß der Bauführer, der an der neuen Brücke die Anstellung der Arbeiter besorgt, Jeden vor seiner Anstellung fragt, ob er einem Fachverein angehört; ist dies der Fall, dann giebt es für ihn keine Arbeit. Gegen diese Art Regiebau müssen wir ganz energisch protestiren, denn dem gegenüber ist der Unternehmerbau noch das kleinste Uebel.

Daß der Regiebau in Deutschland diese erbärmlichen Wirkungen zeitigt, liegt freilich nur daran, daß die Arbeiter noch zu wenig Einfluß auf die Staats- und Stadtverwaltungen haben. In Ländern, wo die Arbeiter mehr Einfluß besitzen, da ist auch der Regiebau nicht nur eine für die Gesamtheit segensreiche Einrichtung, sondern auch die Arbeiter stehen sich besser dabei.

Aus England ist schon öfter gemeldet worden, daß Arbeiten in eigener Regie ausgeföhrt wurden, daß den Arbeitern dabei der tarifmäßige Lohn gezahlt wurde und die Arbeiter trotzdem mehrere hunderttausend Mark billiger hergestellt worden sind, als wenn dieselben in die Hände der Unternehmer gelegt worden wären. In Paris und gewiß auch in mehreren anderen Städten Frankreichs, wo die Arbeiter stark im Gemeinderath vertreten sind, hält man zunächst das Vergeben der Arbeiten an Unternehmer noch aufrecht, man verpflichtet die Unternehmer aber von vornherein kontraktlich, den tarifmäßigen Lohn an die Arbeiter zu zahlen. Sobald sich die Unternehmer weigern, diesem nachzukommen, dann föhren die Behörden ihre Arbeiten in eigener Regie aus und dabei haben sich die betreffenden Gemeinwesen noch niemals geschädigt, sondern die Weigerung der Unternehmer hat sich noch immer verlohnt.

Im Grunde genommen handelt es sich also nicht um die leeren Formen, Regie- oder Unternehmerbau, sondern um die Macht der Arbeiter,

um Einfluß auf die Staats- und Gemeindeverwaltungen zu gewinnen. Beide Formen taugen nichts, so lange die Staats- und Gemeindebehörden als rücksichtslose Ausbeuter den Arbeitern gegenüberstehen; beide Formen sind erträglich, wenn die Arbeiter Einfluß auf die betreffenden Verwaltungen besitzen. Unter ersterem Zustande bildet der Unternehmerbau das kleinste Uebel, unter letzterem Zustande ist der Unternehmer eine kostspielige Verschönderkelung.

Bei allen wirtschaftlichen Fragen stoßen wir, wie wir auch hier wieder zeigten, auf das Fehlen guter gewerkschaftlicher Organisationen und auf den Mangel an politischem Einfluß der Arbeiter. Unsere Aufgaben liegen demnach also klar auf der Hand.

Zum Krankentassenwesen.

Die langandauernde wirtschaftliche Krise macht sich auch für die Krankentassen in sehr schlimmer Weise fühlbar. Es ist deshalb kein Wunder, daß überall Bestrebungen auftauchen, auf dem Gebiete des Krankentassenwesens Reformen einzuföhren, um die Mitglieder von den hohen Beiträgen zu entlasten.

Daß hierbei zum Theil auch Irrthümer mit unterlaufen, thut der Bewegung keinen Abbruch, nur muß man davor warnen, bei den Mitgliedern große Hoffnungen zu erwecken, welche sich später als Illusionen erweisen, denn nichts ist schlimmer für eine Organisation, als wenn die gemachten Versprechungen in keiner Weise in Erfüllung gehen. Daß die Bewegung mehr und mehr zur Centralisation drängt, kann man nur mit Freuden begrüßen, doch ehe man einen Sprung in's Dunkle macht, soll man alle Vortheile, aber auch alle Nachtheile genau abwägen, welche eine große Vereinigung mit sich bringt.

In letzterer Zeit machen in Berlin die Ortskrankentassen den Versuch, sich zu einer einzigen großen Klasse zu vereinigen, und bringt der „Vorwärts“ nachfolgenden beachtenswerthen Artikel:

Die Centralisation der Berliner Krankentassen.

Zu einer in Berliner Arbeiterkreisen lebhaft und viel besprochenen Frage ist in letzter Zeit die der Centralisation aller Krankentassen Berlins und seiner Umgegend geworden. Dieser recht erfreuliche Umstand hat dazu geführt, daß eine große Versammlung Berliner Krankentassen-Mitglieder eine Kommission eingesetzt hat, deren Aufgabe es sein soll, die Frage zu bearbeiten und spruchreif zu machen.

Da die Sache eine viel zu ernste und wichtige ist, um sie vor einem schlecht unterrichteten Publikum zu verhandeln, haben die Unterzeichner sich entschlossen, in der

Sie geriethen im Konvent bald in Konflikt mit der Bergpartei, welche auf die ganz demokratische Republik lossteuerte; ebenso mußten sie mit der energischen Commune von Paris zusammenstoßen. Die Girondisten stellten ihre Klasseninteressen über das Gesamtinteresse des Volkes und widersetzten sich der demokratischen Umgestaltung der Republik. Sie lähmten die Maßregeln gegen die äußeren und inneren Feinde und wurden darum namentlich von Marat angegriffen.

Als sie sahen, daß das revolutionäre Paris sie abschütteln wollte, wendeten sie sich an die Provinzen. Sie zerrissen damit Frankreich. Aber die Männer des Berges waren den Girondisten überlegen. Der Berg ließ die eine und untheilbare Republik beschließen, so daß der Föderalismus zum Staatsverbrechen ward.

Die Girondisten, die von einer Aristokratie der Intelligenz und des Besitzes in der neuen Gesellschaft geräumt hatten, erbitterten das Pariser Volk durch ihre Anmaßung. Der Ton ihrer Blätter war oftmals weit heftiger, als der Ton im Blatte Marats, dem man seine Schreibweise so oft zum Verbrechen gemacht hat.

Am 31. Mai und 1. Juni 1793 erhob sich das Volk von Paris in Masse, umringte den Konvent und ließ die Girondisten in Haft nehmen. Die Erhebung zu ihren Gunsten in den Provinzen mißlang völlig und bewirkte, daß man die Verhafteten vor das Revolutionstribunal stellte. Nur wenige der Häupter dieser Partei entgingen während der Schreckenszeit dem Tode; Einige tödteten sich selbst.

Dies ist das Wesen der Girondisten, die von der bürgerlichen Geschichtschreibung so romantisch ausgeschmückt worden sind. Sie konnten in der aufsteigenden Revolution nur die Rolle spielen, die sie gespielt haben. Ihre Trümmer hielten sich später zu den Reaktionsären und Strebern.

Wäre es nach den Girondisten gegangen, so würde Europa heute nicht die wohlthätigen Wirkungen der großen Umgestaltung jener Zeit verspüren.

Die Girondisten.

Gegen Ende des Jahres 1793 ging die französische Demokratie gegen die Feinde der Revolution mit äußerster Energie vor. Der Schrecken wurde „zur Tagesordnung“. Am 16. Oktober war das Haupt von Marie Antoinette gefallen; gegen Ende desselben Monats begann vor dem Revolutionstribunal der Prozeß gegen die Girondisten und am 31. Oktober wurden einundzwanzig Häupter dieser Partei auf das Schaffot gesandt.*)

Die bürgerliche Geschichtschreibung, die stets an Außenlichkeiten haften bleibt, hat dieser Partei ein so hohes Mitgeföhl gewidmet, wie keiner anderen der großen Revolution. Der Nimbus des Martyriums und ein förmlicher Legendenkranz umgiebt das Haupt der Gironde. In der That können die vielen glänzenden Geister der Partei und ihr tragisches Schicksal heute noch ein erhöhtes Interesse beanspruchen. Die großartigen Reden Vergniauds, die Gedanken Condorcets und Brissots, der Geist der Frau Roland, das Alles kann und soll man bewundern. Aber die Partei als solche erscheint vor der strengen Forschung im anderen Licht, als vor der bürgerlichen Sentimentalität. Der Sturz der Girondisten war im Jahre 1793 zu einer Nothwendigkeit geworden. Es war nicht notwendig, diese Partei auf das Schaffot zu schleppen; es war auch nicht nöthig, sie „außer dem Gesetz“ zu erklären, aber ihr politischer Einfluß mußte ihr entzogen werden, denn sie arbeitete den Gegnern der Revolution in die Hände.

Die Girondisten repräsentirten in der französischen Revolution die demokratische Bourgeoisie, die über die Verfassung von 1791 hinausging. Viele von ihnen waren Republikaner; einige hatten auch sozialistische Anwandlungen. Brissot, das geistige Haupt der Partei,

*) Girondisten nannte sich diese Partei darum, weil ihre hervorragenden Redner und Führer aus dem Departement Gironde stammten.

kultivirte sogar in der Theorie die Uebertreibung gesellschaftlicher Kritik, denn von ihm rührt das Wort „Eigenthum ist Diebstahl“ her, das sich Robbion aneignete und das heute noch manchmal der Sozialdemokratie fälschlich zugeschrieben wird. Die Girondisten ließen sich anfangs von der Volksbewegung tragen und richteten die heftigsten Angriffe gegen den Hof und die Monarchie überhaupt. Sie schwelgten dabei in der schönen Phrase, die sie mit römischen und griechischen Zitaten spickten. Sie sprachen viel von altrömischer Tugend und Freiheit und vergaßen, daß sie es mit ganz neuen sozialen Verhältnissen zu thun hatten. General Dumouriez nannte sie darum einst witzig „eine schlechte Uebersetzung der Römer“.

Frau Roland, die Gattin eines ältlichen und pedantischen Mannes, war die Seele dieser Partei. Als ihr Mann in das Ministerium kam, nannte man es das Ministerium ohne Hosen, um damit anzudeuten, daß das Ministerium unter dem Einfluß der Frau Roland stand.

Je mehr in der Revolution der Wille des Volkes zur Geltung kam, desto mehr erwachte in den Girondisten der Klassengeist. Sie fühlten und dachten als Bourgeois und wenn sie auch noch so wild gegen den Hof getobt hatten, so wollten sie dem Volke doch nicht allzuföhr nachgeben. Sie fürchteten für ihre eigenen Vorrechte, wenn sie auch unaufhörlich von „Freiheit und Gleichheit“ sprachen. Das „Volk“ war ihnen eine demagogische Redensart; wenn dasselbe in ihre Nähe kam in seinem Elend und in seiner Dürftigkeit, so fühlten sie sich als die Aristokraten des Besitzes. Als das Königthum gestürzt wurde, war ihre Haltung schwankend. Zuvor hatten sich die jungen und feurigen Mitglieder der Partei mit Wort und That an dem Aufstande vom 10. August 1792 betheiligigt. Aber die „Staatsmänner“ in der gesetzgebenden Versammlung, Vergniaud, Guadet und Andere, entschieden sich nur aus Furcht für die Absetzung des Königs und setzten einen Erzieher für den Kronprinzen ein, womit sie ihre wahren Gesinnungen verriethen.

Presse zunächst eine kurze Darstellung dessen zu bringen, was die Zentralisation sein soll und was man ihr für Vorzüge nachrühmt.

Da die bereits bestehenden zentralisierten Ortsklassen anderer deutscher Städte nicht in Allem dem Bilde entsprechen, das uns vorzeichnet, so sei uns zunächst eine Skizze unseres Ideals gestattet.

Wir denken uns alle Berliner Ortskrankenkassen zu einer großen Krankenkasse verschmolzen. In diese Klasse findet jeder Arbeiter, der in Berlin oder seinen Vororten in Beschäftigung steht, Aufnahme. Die Klasse hat ein Hauptbüro im Mittelpunkt der Stadt und Filialen in allen Stadtteilen, sowie allen den Vororten, über die sich der Bezirk der Klasse ausdehnt. Unterschiede des Berufes werden nicht gemacht. Die Dauer der Krankenunterstützung und alle Rechte der Mitglieder sind durch alle Berufe hindurch gleich geregelt. Neben der Krankenunterstützung wird für nicht in Arbeit stehende Familienangehörige freier Arzt und freie Medizin gewährt. Die Verwaltung der Klasse hat unter voller Wahrung der Selbstständigkeit zu geschehen, die Ortskrankenkassen überhaupte möglichst ist. In der Generalversammlung ist jeder Beruf durch Delegierte im Verhältnis der Zahl der in ihm beschäftigten Personen vertreten. Die Generalversammlung wählt einen Vorstand und verschiedene Verwaltungsausschüsse ohne Rücksicht auf den Beruf der Gewählten, und Sachkommissionen, die nur aus Personen einzelner Berufe oder Berufsgruppen bestehen. Der Vorstand hat die Leitung der Geschäfte und die Vertretung der Klasse nach außen. Selbstverständlich bleiben alle diese Körperschaften der Generalversammlung verantwortlich. Ueber die Einzelheiten dieses Planes ist noch eine weite Diskussion zulässig.

Wir kommen nun zu der Frage: was verspricht man sich von dieser Riesenorganisation mit etwa 320 000 Mitgliedern?

Zunächst wird die Gefahr, welche durch epidemische Krankheiten einzelnen Berufen droht, auf die Gesamtheit vertheilt und dadurch leichter ertragen. Nehmen wir zum Beispiel an, eine bestimmte Epidemie ergriffe, wie das oft genug vorkommt, die Mitglieder bestimmter Berufe und bringe dadurch 4 oder 5 der heutigen Klassen mit zusammen 40 000 Mitgliedern einen Schaden von M. 40 000. Dieser Schaden schädigt dann diese Klassen derart, daß ihr Reservefonds stärker angegriffen wird oder gar die Beiträge erhöht werden müssen. Die M. 40 000 unerwartete Mehrkosten müssen dann von den 40 000 Mitgliedern getragen werden. Besteht aber eine einheitliche Klasse für Berlin, so vertheilt sich der Schaden nicht auf 40 000, sondern auf 320 000 Personen, er verkleinert dann die Last um den achten Theil und hat in dieser Form wenig zu bedeuten. Die Mitglieder der nicht von der Epidemie befallenen Berufe gewähren den anderen eine Art Rückversicherung, die es möglich macht, weit schlimmere Siebe zu pariren als heute. Da aber nicht immer die gleichen Berufe den Vortheil ziehen werden, so gleicht sich das etwa gebrachte Opfer bereits im nächsten Jahre aus. Während heute die kleinen Vermögen der einzelnen Klassen sehr bald eine Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen nötig machen, wird die zentralisierte Klasse mit ihrem Anfangsvermögen von drei Millionen Mark ohne derartige Hülfsmittel ungehindert weiter arbeiten.

Zweitens wird die Verwaltung einheitlicher und gleichmächtiger. Heute entscheiden 60 Vorstände über die Auslegung der Fragen, welche vorkommen können, und sie entscheiden gar oft verschieden. Heute berechnet die eine Klasse die Kassenbeiträge so, die andere anders. Heute wird ein Arbeiter, dessen Kassenrechte nicht ganz klar sind, von drei oder vier Klassen hin- und hergezogen, weil jeder Mandant wohl weiß, daß der Mann Recht hat, aber im Interesse seiner Klasse die Lasten auf andere Klassen abwälzen will. Derartige Mißstände, welche den Arbeiter zu Zeiten der Krankheit oft genug schädigen, hören bei der Zentralisation auf. Heute bestehen 60 Krankenhäuser, 60 Ausgabebücher, 60 Heberegister, 60 Krankenkassenbücher, 60 verschiedene Bureaus, 60 verschiedene Klassenrechte, kurz eine ungeheure Vielseitigkeit, welche Umstände, Unklarheiten und unnütze Kosten in Fülle und Fülle verursacht, später ist alles Das vereinfacht.

Heute zahlt der Arbeiter in einem Beruf 2 1/10 pSt. seines durchschnittlichen Tagelohnes und erhält dafür auf lange Zeit ein hohes Krankengeld, ein anderer opfert 3 1/2 pSt., also viel mehr und erhält dafür viel weniger. Die einheitliche Ortsklasse kann vermöge ihrer leichteren und billigeren Arbeit den Grundsatz „gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ durchzuführen und dabei, wie die Erfahrungen anderer Städte lehren, die höchsten Leistungen bieten.

Von Wichtigkeit ist bei der Zentralisation auch Folgendes: Heute haben die meisten Klassen nur eine Anmelde- und Zahlstelle, die bei vielen Klassen nur stundenweise offen steht. Bei der Größe Berlins führt das dazu, daß die Mehrheit aller Arbeiter sehr weite Wege zum Klassenlokal hat. Man erinnere sich daran, wie angenehm es einem Arbeiter, der in Weiskensee wohnt, sein muß, wenn er nach der Michaelischstraße zu laufen hat, oder wenn ein Rigdorfer sein Krankengeld in der Grenadierstraße bei Schnee und Regen holen muß.

Bei der Zentralisation können so viele Filialen errichtet werden, daß Niemand weiter als 20 Minuten zur nächsten Filiale hat und auch Niemand mehr unter Hunderten von Personen in drangvoll fürchterlicher Enge auf Abfertigung warten muß.

Wenn heute ein Arbeiter in einem anderen Gewerbe Beschäftigung nimmt, so muß er in der Regel auch die Klasse wechseln. Das kostet ein neues Buch und Scheereisen aller Art. Ist das alte Buch verloren, so kommt gar

oft noch neues Eintrittsgeld hinzu, nur weil der Nachweis nicht geführt werden kann, daß man vor vierzehn Tagen der oder jener Klasse angehört hat. Gehört der Arbeiter einer neuen Klasse an, so sind die Statuten, die Beiträge, die Bestimmungen, die Vorschriften, die Klassenstunden in der Regel andere geworden und ohne ein eingehendes Studium langweiliger Paragraphen kommt der Mann nicht dazu, die Pflichten und Rechte zu begreifen, die er infolge des Arbeitswechsels hat und die er nach vielleicht drei Wochen infolge eines neuen Arbeitswechsels wieder verlieren wird.

Erhält ein Arbeiter in einem Vorort Beschäftigung, obgleich er weiter in Berlin wohnt, so gehört er nunmehr zur Vorortskasse. Beispielsweise ein Brauer, der fünf Jahre in Berlin gesteuert hat, um im Krankheitsfall für jeden Tag der Woche M. 2 zu beziehen, kommt in die Rigdorfer Vereinsbrauerei. Dort erkrankt er. Weil er in Berlin wohnt, wird er der Berliner Brauerklasse überwiesen, in die er so lange gesteuert hat. Nun aber erhält er, statt an 7 Tagen je M. 2 zu beziehen, nur für 6 Tage je M. 1,20 oder, wenn es sich um die Osterwoche handelt, nur für 5 Tage je M. 1,20, also statt M. 14 M. 6. Noch tollere Ungerechtigkeiten treten bei den Bauarbeitern eines Unternehmers ein, der heute in diesem, morgen in jenem Vorort seine Leute beschäftigt. Solche Mißverhältnisse beseitigt die Zentralisation.

Die Klasseninteressen im wahren Sinne des Wortes sind die Interessen der Klassenmitglieder, diese kann eine Klasse von 320 000 und mehr Mitgliedern besser wahrnehmen als eine Klasse von 100, 1000 oder selbst 30 000 Mitgliedern. Welche Schwierigkeiten mußten überwunden werden, um für die Mehrheit der Berliner Arbeiter die freie Arztwahl durchzuführen, wie tropfenweise erfolgten die Beitrittserklärungen zum Charité-Bojkott! Wie unklar haben manche Klassenvorstände die Vertreter am Unfall-Schiedsgerichte gewählt usw. Wie wenig sind kleine Klassen im Stande, die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte zum Schutze ihrer Mitglieder wahrzunehmen und die für ein zweckmäßiges Arbeiten so wichtigen statistischen Erhebungen vorzunehmen. Wie manche Klasse hat aus Mangel an Zeit, Arbeitskräften oder Geld Prozesse nicht geführt, die ihr Vermögen vor großem Schaden bewahren konnten! Alle diese und noch andere Uebelstände beseitigt eine verständig vorgenommene Zentralisation der Klassen. Heute zahlen die Ortskrankenkassen Berlins für Apothekerrechnungen über M. 900 000 im Jahre, wenn sie einzig wären, ließe sich da Manches ersparen. Für sachtliche Unkosten werden M. 114 000 gebucht. Wie viel entfällt davon auf Miete und wie viel läßt sich bei der Zentralisation ersparen? Heute bestellen 60 Klassen die verschiedensten Druckfachen zu theueren Preisen in kleinen Poeten, eine Zentralisation kann das ändern, da sie nur große Aufträge zu geben hat und für jedes Formular die Herstellungskosten bei großer Auflage billiger sind, als bei kleiner. Was kostet die Krankenkontrolle den Klassen heute für Geld! Doch genug. Diese und manche anderen Punkte lassen sich zu Gunsten der Zentralisation anführen und aus allem folgern wir, es ist möglich, mit demselben Gelde für den Arbeiter gerechter, besser und billiger zu wirtschaften und seine Interessen weitgehender wahrzunehmen, wenn man zentralisiert.

Wir haben bisher nur die Aenderungen berührt, welche die Zentralisation an den bestehenden Kasseneinrichtungen hervorrufen wird. Dazu kämen noch die möglichen Neuschöpfungen, wie die Unterstützung der Familienangehörigen, welche nur die vereinten Klassenmitglieder Berlins und Umgegend erringen können, die Uebernahme der Geschäfte der Invaliditäts- und Altersversicherung in die Hände der großen Ortskrankenkassen, das Wirken der Klasse für Durchführung des Arbeiterschutzes, die Errichtung eines eigenen Gebäudes, einer eigenen Apotheke u. s. w. Doch das sind Punkte, die man wohl vorführen kann, die wir aber vorläufig außerhalb der Debatte lassen, da wir glauben, daß der Arbeiter Berlins und seiner Umgegend ohnedies einsichtig genug sein wird, sich ein Urtheil über die Zentralisation zu bilden und die nöthigen Folgerungen zu ziehen.

Wenn wir mit unserer Darstellung noch nicht gewonnen haben, den bitten wir, offen und frei an uns (die Kommission) heranzutreten und seine Bedenken zu äußern, wer aber uns bestimmt, den bitten wir, in seiner Klasse so gut wie in seinem Freundeskreise dafür einzutreten, daß das als segensreich Erkante immer neue Anhänger finde, damit in nicht allzu ferner Zeit die Zentralisation der Krankenkassen zur Thatsache werde.

Die Kommission für Zentralisation des Ortskrankenkassen.

In einer der nächsten Nummern werden wir näher auf dieses Projekt eingehen.

Kindermord in der kapitalistischen Gesellschaft.

Millionenfache Blutschuld häuft die kapitalistische Gesellschaft Tag für Tag, Jahr für Jahr auf ihr Haupt. Ein Theil ihrer Opfer erliegt auf der Landstraße den Qualen des Hungers, Andere verhungern langsam bei Unterernährung und Ueberarbeit, wieder Andere werden, erschöpft von der harten Arbeit des Tages, von den geringen Armen einer Maschine erfasst und zermalmt, und noch Andere endlich machen in Verzweiflung ihrem Leben selbst ein Ende. Sie Alle sind Opfer des modernen Molochs, des Kapitalismus. Aber wie der antike Moloch mit Vorliebe Kinderfleisch verschlang, so verlangt auch der Moloch unserer Tage in seiner unerfülllichen Gier immer und immer wieder nach Kindern, deren er auf alle erdenkliche Weise habhaft zu werden weiß.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart

arbeiten immer mehr darauf hin, die Frau ihrem Hauswesen und der Pflege und Ueberwachung ihrer Kinder zu entziehen und sie zu zwingen, alle ihre Kraft der industriellen Arbeit im Hause oder in der Fabrik zu widmen. Der Grund hierzu liegt in der Thatsache, daß der Lohn des Mannes in den meisten Fällen nicht mehr zur Befriedigung der Bedürfnisse der Familie ausreicht und einer Ergänzung durch den Verdienst der Frau bedarf. Daß in einer Familie, wo Mann und Frau um die Wette für den kapitalistischen Profite erarbeiten, den Kindern die sorgende Mutterliebe naturnothwendig fehlen muß, liegt klar auf der Hand, und die Folgen davon zeigen sich uns in der erschreckend hohen Sterblichkeitsziffer der Kinder des Proletariats. Nach Untersuchungen Wolffs beträgt u. U. in Erfurt die Säuglingssterblichkeit im Arbeiterstande 30,5 Prozent, im Mittelstande 17,3 Prozent und bei den „oberen Behntausend“ nur 8,9 Prozent. Aus diesen Zahlen geht also klar hervor, daß es die Kinder der Armen sind, die dem Moloch zum Opfer fallen. Unsere Behauptung wird des Weiteren bewiesen durch die von Dr. Red veröffentlichten Zahlen, die den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Kindersterblichkeit auf das Verbündendste illustriren.

Es sterben von 1000 Lebendgeborenen vor Ablauf des 5. Lebensjahres bei monatlicher Einnahme von

M. 0—75	413 Kinder
75—100	344 "
100—150	330 "
150—200	272 "
200—250	241 "
über 250	230 "

In den Gegenden, wo die Industrie in rapider Entwicklung begriffen ist und wo sie infolgedessen immer mehr Frauen in ihren Bannkreis einbezieht, ist auch die Kindersterblichkeit in auffallender Weise im Zunehmen begriffen. In Deutschland sehen wir dies vor Allem im „gemüthlichen“ Sachsen.

Von früh bis spät an die Maschine gefesselt, sind unzählige Proletarierfrauen nicht im Stande, ihre Säuglinge zu nähren. Sie sehen sich genöthigt, dafür zu Thiermilch oder zu allerlei künstlichen Präparaten zu greifen, die ihren Kindern keine ausreichende Nahrung geben, dafür aber dem Erfinder den Beutel füllen. Die Wirkung dieser Verhältnisse ersehen wir aus folgenden Zahlen.

Von 1000 Kindern, die starben, waren genährt:

7,6 mit Muttermilch,
23,6 mit halb Mutter-, halb Kuhmilch,
45,8 mit Kuhmilch,
74,8 mit kondensirter Milch, Kindermehl u. c.

Alle Aerzte stimmen darin überein, daß Noth und unzureichende Nahrung die Hauptursache der Kindersterblichkeit im Proletariat sind. — Die Kinder der Reichen dagegen haben unter allen Umständen genügende Nahrung. Nährt die Mutter ihr Kind nicht selbst, so erlauben es ihr ja ihre Mittel, sich eine Amme zu halten, d. h. sie bietet einer armen Frau Geld dafür, daß sie ihrem eigenen Kinde die durch nichts zu ersetzende mütterliche Nahrung entzieht und ein fremdes Kind mit den Säften ihres Körpers ernährt. Wenn das Kind der armen Amme darüber zu Grunde geht, so stirbt es eben, damit Jenes, das Kind des reichen Kouponschneiders, lebt.

Die Zahl der unglücklichen Frauen, die auf diese Weise gezwungen sind, ihre zarten Kleinen selbst dem Moloch in den Nachen zu werfen, ist eine sehr große.

Wenn Hunger und Entbehrungen auch, wie wir oben ausgeführt, unter den Arbeiterkindern alljährlich furchtbare Verheerungen anrichten, so ist doch auch hier noch ein bedeutender Unterschied wahrzunehmen zwischen in der Ehe geborenen und unehelichen Kindern. Von je 1000 ehelichen Kindern werden nur 183 im ersten Lebensjahre, jedoch von denen, die ein verführtes oder verlassenes Mädchen zur Welt gebracht, 329 hinweggerafft. Unsere wirthschaftlichen Zustände, welche die Möglichkeit der Eheschließung immer schwieriger gestalten, tragen auch an dieser Thatsache die Schuld. Nirgends zeigt sich die Ungerechtigkeit der bürgerlichen Gesellschaft trasser, als in ihrem Verhalten den unehelichen Kindern und ihren unglücklichen Müttern gegenüber. Sie zwingt diese geradezu, die Frucht ihres Schrittes zu tödten oder sie der „Engelmacherei“ zu übergeben.

Bei unehelichen Kindern macht sich die Wirkung der Vernachlässigung ihrer Pflege naturgemäß auch für das ganze übrige Leben fühlbar. Nach U. von Fritsch beträgt für Preußen zur Zeit der Geburt die wahrscheinlich fernere Lebensdauer

ehelicher Knaben	39,26 Jahre,
ehelicher Mädchen	43,76 "
unehelicher Knaben	15,2 "
unehelicher Mädchen	25,0 "

Darnach erhöht also die eheliche Geburt die Lebenserwartung eines Knaben um 24 und die eines Mädchens um 18 3/4 Jahre!

Wahrlich, waren wir im Unrecht, als wir Eingangs dieser Ausführungen die kapitalistische Gesellschaft des Massenmordes an unschuldigen Kindern beschuldigten? Ist es nicht unser heiligstes Recht und unsere Pflicht, sie, die Verbrecherin, an den Schandpfahl zu stellen? Das oben zitierte, unansehnliche statistische Material würde schon allein genügend sein, um unsere Behauptung zu beweisen. Und doch ist dies noch nicht Alles. Wir werden aus unseren späteren Ausführungen sehen, daß die kapitalistische Gesellschaft selbst das ungeborene Leben vernichtet, und daß schließliche Diejenigen, welche das Licht dieser Welt nicht erblicken oder früh sterben, noch glücklich zu nennen sind gegenüber denen, die von ihren Jugendjahren bis in's späte Alter nur Arbeit, Noth und Elend kennen lernen.

Der Wirthschaft des Kapitalismus durchdringt und erfüllt heute Alles; Mann, Weib und Kind treibt er vom häuslichen Herde und pfercht sie zusammen in die große, moderne Bastille, die Fabrik. Er bewirkt ferner, daß immer weniger Ehen geschlossen werden, trotzdem die Bevölkerung zunimmt, und daß von den Ehen, die zu Stande kommen, ein immer größerer Prozentsatz unfruchtbar bleibt. Interessante statistische Angaben über die sich im Laufe der Zeit vollziehende Abnahme der Zahl der Geburten liegen uns aus Frankreich vor:

In den Jahren	betraf sich die Zahl der Geburten bei 1000 Einwohnern auf	Durchschnittszahl der legitimen Kinder in einer Ehe
1801—05	32,16	
1806—10	31,44	4,2
1811—15	27,18	
1816—20	32,1	4
1821—25	31,32	
1826—30	30,34	3,7
1831—35	29,66	
1836—40	28,36	3,3
1841—45	28,2	
1846—50	26,68	3,2
1851—55	26,06	
1856—60	26,6	3
1861—65	26,88	
1866—70	25,92	3
1871—75	25,34	
1876—80	25,3	2,9
1881—85	24,58	
1886—90	23,02	2,9

Es ist zweifellos, daß auch das Proletariat, so oft dies auch bestritten wird, bei dieser auffallenden Verminderung der Geburtenzahl theilhaftig ist. Nicht nur die mittleren und höheren Schichten der Gesellschaft haben ein Interesse an der Beschränkung der Kinderzahl, um das Kapital oder den Grund und Boden, welche das Erbtbeil bilden, möglichst wenig theilen zu müssen, sondern auch die Arbeiterklasse wird durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr dazu gezwungen, einmal, weil jeder unnütze Esser in der Proletariatsfamilie als eine Last empfunden wird, und zweitens, weil häufige Geburten die Arbeitskraft der Frau auf längere oder kürzere Zeit lahm legen.

Dann darf aber auch die wichtige Thatsache nicht vergeffen werden, daß die aufreißende, schwere Berufsarbeit der Frau, besonders gewisse Beschäftigungen derselben an der Nähmaschine, in Räumen mit sehr hoher Temperatur, in Fabriken, in denen Giftstoffe zur Verarbeitung kommen, darauf hinwirken, daß das Kind im Mutterleibe schon getödtet wird. Oder aber die Frau wird durch eine derartige Arbeit so geschwächt, daß regelmäßig Fehl- oder Frühgeburten eintreten.

Die bekannte Frauenrechtlerin Minna Wettstein-Abelt erzählt in ihrer Broschüre „3 1/2 Monate Fabrikarbeiterin“ u. A. von der Wirkung einer Art der Frauenarbeit in den Chemnitzer Strumpfwirkerereien. Die fertigen Strümpfe werden dort über Holzformen gezogen, gegen welche die Arbeiterin sich mit aller Kraft stemmen muß. Die Folgen hiervon sind in bestimmten Zeiträumen regelmäßig wiederkehrende Fehlgeburten. Einige Frauen theilten der „Auch“-arbeiterin Frau Wettstein-Abelt im Vertrauen mit, daß sie, sobald sie in schwangeren Zustand kommen, mit Vorliebe jene Arbeit ablehnten, „um Alles los zu werden.“

Es ist weiter eine Thatsache, daß Frauen, die in Bänderwebmaschinen oder in Quecksilberpiegelbelegwerkstätten beschäftigt sind, fast ausschließlich todt geborene Kinder zur Welt bringen, und daß von den Kindern, welche lebend geboren werden, fast alle während der ersten Lebensjahre sterben. Die Statistik sagt uns auch, daß in den Industriezentren, z. B. den sächsischen Fabriksdörfern, jedes 18. Kind todt zur Welt kommt. Wenn wir die Kindersterblichkeit als einen Gradmesser für unsere Volksgesundheit und Kultur ansehen wollen, so müssen wir nach den bisher gemachten Angaben zu dem Schlusse gelangen, daß wir in wirtschaftlichen Zuständen leben, die schlimmer als Barbarei sind.

Und welches Loos blüht den Proletariatskindern, welche unangefochten all' die tausend Fährlichkeiten, die ihnen in zarterer Jugend drohen, passiert haben, die nicht aus dem Fenster gestürzt oder überfahren worden, die nicht den Arbeitervierteln so verheerend auftretenden Epidemien zum Opfer gefallen sind? Sobald sie nur zu irgend Etwas zu brauchen sind, werden auch sie zur Arbeit herangezogen. Oft reicht der Verdienst des Mannes und der Frau zur Erhaltung der Familie noch nicht aus, so daß auch die Kinder noch mitarbeiten müssen. Am schlimmsten sind die armen Kleinen der Hausindustriellen daran. Im sächsischen Erzgebirge und im schlesischen Guldengebirge müssen Kinder vom dritten Jahre an schon beim Spulen helfen. Es gab Zeiten, in denen Kinder in diesem zarten Alter sogar 15 Stunden lang Tag um Tag in Fabriken ausgebeutet wurden. Zahlreiche Angaben hierfür finden sich z. B. in Karl Marx' „Kapital“.

Die Zeiten haben sich inzwischen etwas geändert, und doch ist das Loos der zur Fabrikarbeit verdammten Kinder noch immer ein unsagbar trauriges. Statt ihre Jugend frühlich zu genießen, werden sie den Tag über an die Maschine gefesselt, müssen sie in schlechter, staubiger Luft im Schweiß ihres Angesichts ihr Stück Brot selbst erarbeiten. In unzählige Kinder wird so durch die aufreibende Arbeit früh schon der Keim des Todes gelegt. Für jeden Fall aber bleiben sie schwächlich und ihr Leben lang unfähig, einer kräftigen Generation das Dasein zu geben. Todtgeborene oder verkümmerte und langsam dahinsiehende Kinder sind die Sprößlinge Derer, die von

überarbeiteten Eltern abstammen und die selbst von früher Jugend an ein Leben voll harter Arbeit geführt haben.

Die herrschenden Klassen haben kein Interesse daran und thun auch nichts dazu, um so unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Jede kleinste Reform, jede Beschränkung der Kinderausbeutung begegnet in ihren Reihen dem allerzähelsten Widerstand. Es ist daher hohe Zeit, daß das Volk sein Schicksal selbst in die Hand nimmt und nicht ruht und rastet, bis es dem kapitalistischen System den Todesstoß versetzt und dem unter diesem System blühenden Massenmord unschuldiger Kinder, mit dem verglichen der herodianische Kindermord eine Spielerei ist, für alle Zeiten ein Ende bereitet hat. („Der Arbeiter.“)

Berichte.

Boizenburg. Am 4. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn G. Haupt statt. Zunächst beschloß man, zum 2. April ein Frühjahrsfest im Rothenhause zu veranstalten, wozu als Comité die Mitglieder: H. Scheer, H. Duwe, F. Sals, W. Schlage, Fr. Behnte, F. Kale, J. Krahn und Fr. Sals ten. gewählt wurden. Als Beitrag zu diesem Feste beschloß man M. 1 à Person zu erheben. Hierauf wurde H. Duwe als zweiter Schriftführer gewählt.

Dirschau. Am 4. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Einziehung der Wochenbeiträge. 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Verschiedenes. Zunächst wurden die Wochenbeiträge eingezogen; hier fand sich ein Mitglied Krüger, welches längere Zeit krank und hierdurch mit seinen Wochenbeiträgen in Rückstand gerathen war. Man wurde sich hierüber einig, Letzterem die rückständigen Beiträge zu schenken. Von der Wahl einer Lohnkommission wurde Abstand genommen, da zuvor ein neuer Lohnarif auszuarbeiten ist, hierzu aber die Versammlung zu schwach besucht war. Nachdem sich dann noch mehrere Mitglieder über die schlechten Lohnverhältnisse hierorts ausgesprochen, erledigte man eine persönliche Angelegenheit zwischen zwei Mitgliedern, worauf nach einem dreimaligen Hoch auf den Verband die Versammlung geschlossen wurde.

Dresden. Am 6. März tagte unsere regelmäßige Monatsversammlung im Saale des Volksbildungsvereins. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die französische Revolution und die heutige bürgerliche Gesellschaft. 2. Verbandsangelegenheiten. Zu dem ersten Punkt hatte Genosse Drunzel das Referat übernommen. Er schilderte in einem lehrreichen Vortrag das Parlamentarische Verfahren unter König Ludwig XIV., unter dessen Regierung der Adel und die Geistlichkeit die Hauptrolle spielten. Man unterscheidet damals drei Stände: Adel, Geistliche und Bürgerthum. Das Bürgerthum war zusammengesetzt aus Kapitalisten, Mittelstand und Proletariern. Demnach hatten die Arbeiter nur eine ganz schwache Vertretung. Der Referent erntete reichen Beifall für seinen ausführlichen Vortrag. — Zum zweiten Punkt, Verbandsangelegenheiten, stellte Kamerad Reichert im Auftrage des Vertrauensmannes den Antrag, Dresden in drei Bezirke einzutheilen und auf Wunsch des Hauptvorstandes für jeden Bezirk einen Kassirer zu wählen, welche direkt mit dem Hauptkassirer abzurechnen haben. Nach genügender Auseinandersetzung fand obiger Antrag Annahme. Als Kassirer wurden gewählt: Warth, Meier und Krahl. — Kamerad Geisler stellte den Antrag, eine Kommission zu wählen zwecks Aufsuchung einer anderen Herberge. Begründet wurde der Antrag damit, daß das in dem jetzigen Gasthaus verkehrende Publikum unseren Interessen widersprechende Tendenzen verfolgte. Nachdem von dem Mitgliede Seifert das Gegenteil behauptet worden war, wurde der Antrag mit geringer Majorität angenommen. Hierzu wurden gewählt: Bille, Lehmann und Schulze II. — Kamerad Reichert machte sodann den Vorschlag, ein Vergnügen zu veranstalten, welchem auch zugestimmt wurde. In das Festcomité wurden die Mitglieder Geisler, Seifert und Bischoff gewählt.

Gilenburg. Am 4. März fand eine öffentliche Zimmererversammlung in Klinge's Restaurant statt, welche sich mit dem Thema: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation“ beschäftigte. Der Referent, A. Bringmann, legte in kurzen, kernigen Worten an der Hand statistischer Beweise den Zweck und die Vortheile der Gewerkschaftsorganisation klar. Nachdem von dem Vorsitzenden die schlechte Bezahlung auf dem Platz Kirchhoff berührt worden, wies A. Bringmann noch auf die Nothwendigkeit der Einführung eines Minimallohnsages hin.

Harburg. Am 6. März tagte unsere Mitgliederversammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung referirte unser Vorsitzender über das Thema: „Die Naturerkenntnis im Lichte des Darwinismus“. Redner führte an, daß schon in uralten Zeiten hervorragende Männer versucht hätten, die Wahrheit aus der Wissenschaft der Natur auf das Volk zu übertragen. Es war hauptsächlich ein Kampf für die Lehren der wahrheitlichen Naturerkenntnisse. Redner betonte, wie es die damaligen Regierungen unter päpstlicher Herrschaft verstanden hätten, die Naturforscher, welche für die Wissenschaft Propaganda machten, auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. — Hierauf wurde zur Arrangirung des diesjährigen Pfingstvergnügens ein Comité gewählt; ferner fand ein Antrag, den arbeitslosen Mitgliedern freien Eintritt sowie freien Tanz zu gewähren, Annahme. Nach Annahme eines Antrags zum Gewerkschaftsartikel rügte der Kassirer, daß sich die Arbeitslosen, wenn sie wieder in Arbeit treten, nicht abmelden; hierzu beschloß man, Letztere zu verpflichten, sich innerhalb 3 Tage abzumelden, anderenfalls die rückständigen Beiträge zu entrichten seien.

Mainz. Am 11. März hielt der hiesige Lokalverband eine öffentliche Zimmererversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum süddeutschen Verbandstage in München“, wurde ausgeführt, daß es notwendig sei, diesen zu beschiden; zu bedauern sei nur, daß die Kasienverhältnisse hierorts derartige schlechte seien, wodurch es fast unmöglich erscheine, von hier einen Delegirten zu entsenden. Ein Antrag, eine Kommission zu wählen, welche die nötigen Schritte einzuleiten hat, Material zu sammeln, welches dem Delegirten mit auf den Weg zu geben ist, wurde akzeptirt. Hierzu wurden gewählt: Witt, Pfeil und H. v. Fintel, welche zur nächsten Versammlung Bericht zu erstatten beauftragt wurden. Zum zweiten Punkt: „Die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse“, beleuchtete Witt die Arbeitsverhältnisse, wie sie augenblicklich vorhanden und wie sie sich früher gestaltet. Letzterer führte ferner an, daß ein hiesiger Unternehmer sich nicht geschämt habe, an seine Kollegen das Ansuchen zu stellen, von jetzt an nur 33 $\frac{1}{2}$ pro Stunde Maximallohn zu bezahlen. Nachdem der Redner die dem Verbande noch Fernstehenden aufgefordert, sich ebenfalls mit in die Reihen der für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen Kämpfenden zu stellen, ging man zum dritten Punkt: „Verschiedenes“, über, wozu das Mitglied Pfeil noch einige hierorts vorhandenen Mißstände rügte.

Breth. Am 4. März hielt der hiesige Lokalverband seine Monatsversammlung ab. Nachdem Protokoll und Abrechnung für richtig befunden, wurden die Beiträge entrichtet. Sodann wurde dem Schriftführer eine Rüge erteilt, daß der letzte Bericht nicht im „Zimmerer“ veröffentlicht sei. Zur Rechtfertigung führte er an, daß die letzte Versammlung, welche nur schwach besucht war, keinen Stoff, welcher für die Öffentlichkeit Interesse hatte, gegeben hätte. Sodann wurden einige Mängel in Betreff der Unterstützungsliste laut, indem betont wurde, daß persönliche Rücksichten genommen würden. Obige Behauptung wurde jedoch von H. Sellmer widerlegt, indem Letzterer anführte, daß jeder Fall von der Versammlung geprüft würde. Die Betreffenden schienen es überhaupt auf Streit abgesehen zu haben, denn anstatt sachlich zu debattieren, artete es in persönliche Angriffe aus. Einige Heißhörne wollten den Beweis bringen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die Versammlung fand einen einstimmigen Abschluß und mußte vom Vorsitzenden geschlossen werden.

Schwarzenbek. Am 4. März hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben waren, verlas der Vorsitzende den von der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohnarif, welcher den Arbeitgebern zuzustellen der Vorsitzende beauftragt wurde, derselbe soll bis zum 26. März unterschrieben sein. Hierauf entspann sich eine längere Diskussion über die Angelegenheit: „Platz Hohlborn“, indem man der Ansicht war, daß die auf benanntem Platz wieder in Arbeit getretenen Mitglieder durch die Wiederaufnahme der Arbeit einen Fehler begangen hätten. Man beschloß, den Arbeitgeber durch ein Schreiben zu ersuchen, den drei auswärtigen Mitgliedern ebenfalls das Landgeld zu bezahlen, anderenfalls man andere Schritte einleiten würde. Hiermit wurde der Vorsitzende beauftragt.

Weißensee. Am 25. Februar fand eine öffentliche Zimmererversammlung für Weißensee und Umgegend hierorts statt. Ueber das Thema: „Die heutige wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Vortheile der Gewerkschaftsorganisation“, hielt Genosse Hansen einen Vortrag, wofür ihm von der Versammlung reichlich Beifall spendet wurde. Hierauf spielten sich einige Mitglieder der freien Vereinigung als die Gefährten auf, indem sie die Abzweigungen zwischen Verbandsmitgliedern und solchen der freien Vereinigung tabelten; beide Vereine seien nicht kampffähig, da sie eben zu schwach an Mitgliederzahl daständen. Lehmann, ebenfalls Mitglied der sogenannten freien Vereinigung, meinte dadurch Einigung herzustellen, daß er Lokalorganisation als die geeignetste Kampfform für Berlin empfahl, welches er damit begründete, indem er die phrasenreiche Behauptung aufstellte: die Mehrzahl der Zimmerer habe das Vertrauen zur Zentralorganisation verloren. (Das steht einem Lehmann ähnlich. Anmerk. d. Red.) Ein gewisser Fischer fühlte sich noch dadurch gekränkt, daß der von ihm verfaßte Bericht einer vorherigen Versammlung als Schmutzschrift bezeichnet und im „Zimmerer“ keine Aufnahme gefunden hätte. Die Verbandsmitglieder Weiß und Gruse führten den Nabaubrüdern einige Thatsachen vor Augen, wodurch ihre aufgestellten Behauptungen illusorisch gemacht wurden. Nachdem der Referent in seinem Schlußwort noch aufforderte, die Streitigkeiten zu vermeiden, um endlich einmal als Kampfsorganisation dazustehen, erhielt Lehmann noch einmal das Wort, wurde aber durch einen nicht geringen Tumult unterbrochen, worauf die Versammlung auf Ersuchen des Beamten geschlossen wurde.

Wilhelmsburg. Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer fand diesen Monat hier statt. Nachdem die Bureauwahl beendet, stellte Kamerad Mittag den Antrag, Extramarken zu verbreiten, um beim Herantreten einer Lohnbewegung auch kampffähig dazustehen, denn man könne sich nicht einzig auf das Gewerkschaftsartikel verlassen. Ein Antrag, 10 $\frac{1}{2}$ pro Person vierteljährlich an das Gewerkschaftsartikel zu steuern, fand Annahme. Die Eintassirung wird dem Kassirer überlassen. Als Gewerkschafts-Delegirte werden Linn und Müller gewählt. Hinsichtlich der Statistik wurde berichtet, daß hier 13 Arbeitgeber mit 45 Wesseln, hiervon 38 Verbandsmitglieder, ferner 17 Lehrlinge und 2 Hilfsarbeiter vorhanden seien. Das Waugeschäft liege ziemlich brach. Hierauf Schluß der Versammlung.

Sozialpolitische.

Evangelisch-soziale Arbeitervereine. Recht interessant waren die von obigem Verein in letzterer Zeit einberufenen stark besuchten Versammlungen in Hamburg. Ein Herr Schall, Pastor in Währdorf, recapitulirte seinen schon mehrfach aufgetischten Phrasenbrei, wofür ihm reichlich gelobt wurde mit — Schlüßrufen. Mit salbungsvollem Tone rief er aus: „D, daß uns ein Gott bewahre, daß an Stelle des Höhenzollenhauses ein Singer sitzen sollte!“ Nachdem von dem Genossen Kölle die von dem Referenten aufgestellten Thesen widerlegt waren, stimmte die Versammlung die Marcellaise an und war somit das Theater beendet. Wie kann man aber den organisirten Arbeitern auch mit solchen Dingen kommen wollen.

Der „Verein gegen Verarmung“ in Berlin zählte Ende 1893 10 216 Mitglieder, 370 weniger als Ende 1892. Dem Rückgange der Mitgliederzahl entspricht ein Rückgang der Beiträge von M. 78 818 in 1892 auf M. 76 332 in 1893. Dagegen sind die Geschenke von M. 5337 auf M. 7643 gestiegen, wozu 1893 noch ein Legat von M. 40 000 kam. Gefallen ist die Zahl der Unterstützten von 4607 auf 4441, die Summe der Unterstützungen von M. 92 889 auf M. 83 334. Das Vermögen ist von M. 150 694 auf M. 189 740 gestiegen. Die in den meisten dieser Zahlen erkennbare Rückwärtsbewegung, die in der kürzlich abgehaltenen 24. Jahresversammlung vom Vorsitzenden besonders hervorgehoben wurde, datirt nicht erst seit 1893. Der Mitgliederzweck begann bereits nach 1885. Ende 1885 hatte der Verein sein Maximum mit 12 347 Mitgliedern erreicht, so daß er sich in den folgenden acht Jahren um 2131 Mitglieder vermindert hat. Der Rückgang der Zahl der Unterstützten begann nach 1889, in welchem Jahre noch 4739 Personen, also rund 300 mehr als in 1893, unterstützt wurden. Das Bedürfnis, den Verein in Anspruch zu nehmen, dürfte dagegen seit 1889 nicht ab-, sondern zugenommen haben, wenigstens ist das bei den meisten anderen „Wohltätigkeits“-Vereinen erweislich der Fall gewesen. Das Vereinsvermögen ist seit 1889, also seit dem Jahre, nach welchem man, wie gesagt, anfang, die Zahl der Unterstützten herabzumindern, von M. 139 169 auf M. 189 740, also um mehr als M. 50 000 gestiegen, in dem Jahrzehnt 1883—93 sogar von M. 79 310 auf M. 189 740, also um mehr als M. 110 000. Das ist ein Beweis, daß man im „Verein gegen Verarmung“ gut zu wirtschaften versteht. Der Niedergang des Vereins hat zwar zu einer Verringerung der Zahl der Unterstützten geführt, aber dem Wachstum des Vereinskapitals hat es nicht geschadet. Zum guten Wirtschaften gehört beim „Verein gegen Verarmung“ auch die Befolgung des Grundsatzes, möglichst wenig zu unterstützen. Wie viel in den letzten Jahren abgewiesen worden sind, wissen wir nicht. Derartige Zahlen werden von den Wohltätigkeits-Vereinen ebenso wie von der Armendirektion des Magistrats nicht gern veröffentlicht, obwohl nur bei Summirung der Zahl der Unterstützten und der Abgewiesenen der Umfang des vorhandenen Nothstandes einigermaßen zutreffend beurtheilt werden könnte. Im „Verein gegen Verarmung“ betrug 1890 (oder 1891?) die Zahl der Unterstützungen (oder der Unterstützungsgefuche?) rund 12 000, während die Zahl der Unterstützten sich nur auf rund 4700 belief. Zu dem großen Unterschied in diesen beiden Zahlen bemerkt der Vorsitzende in der damaligen Jahresversammlung, daß die Zurückweisung von Gesuchen ebenfalls zu den Aufgaben des Vereins gehöre. Der Verein liefert seinen Mitgliedern bekanntlich auch ein Schild mit der Aufschrift „Gegen Bettel“, das an die Flurthür genagelt wird und die Bettler ungefähr ebenso abschreckt, wie etwa ein Namensschild mit dem Zusatz „Schußmann“. Wegen eines mäßigen Jahresbeitrags erhalten die Mitglieder also einen höchst wirksamen Schutz gegen die „Bettelplage“. Daraus erklärt sich vielleicht auch die immer noch außerordentlich hohe Mitgliederzahl. Dieser Verein hat überhaupt die höchste Mitgliederzahl unter allen „Wohltätigkeits“-Vereinen. Die allermeisten haben weniger als 1000 und viele haben sogar noch keine 100 Mitglieder. Ob der neuerliche Rückgang des Vereins gegen Verarmung wirklich nur, wie der Vorsitzende in der Jahresversammlung bemerkte, auf die „größere werdende Zerplitterung der Wohltätigkeit“ zurückzuführen ist, vermögen wir nicht zu entscheiden.

Hundertundsechzehn Personen moralisch begrabt. Warum? Weil sie die Steuern nicht bezahlen konnten. Diese praktische Sozialreform, die darin besteht, daß man Steuerrestanten verbietet, in Gastwirthschaften zu verkehren, wird jetzt auch in Wöckern bei Leipzig geübt. Nach der famosen Steuerrestanten-Ordnung vom Jahre 1886 können Steuerrestanten in dieser Weise gestraft werden; obendrein werden deren Namen in den Gastwirthschaften öffentlich ausgehängt, so daß zu dem materiellen Nothstand auch noch die öffentliche Brandmarkung hinzutritt. Und auf solche Weise hofft man die Restanten zu „bessern“.

Vom Gebiet des wirtschaftlichen Interessenkampfes. Im Auftrage des Angehlichen über 37 000 Mitglieder zählenden „Rheinischen Bauern-Vereins“ ist der Vorsitzende desselben, der Auch-Bauer, Freiherr v. Loë, beim Reichstage vorstellig geworden um eine „Margarine-Gesetzgebung“ einschneidender Art. Es wird beantragt: „Der Reichstag wolle 1. die künstliche Färbung der Margarine gesetzlich verbieten; 2. nach dem Vorbilde der amerikanischen Gesetzgebung die Margarine einer inneren Besteuerung in der Höhe von M. 6 für 50 Kilo unter-

werten und den Zoll auf fertige ausländische Margarine in gleichem Maße erhöhen, dahingegen die Salzsteuer um die Hälfte ermäßigen.“

Dieser Antrag wird folgendermaßen begründet: „Seit mehr als einem Jahrzehnt hat die Fabrikation der Margarine oder Kunstbutter und deren Import aus dem Auslande einen derartigen Umfang angenommen, daß der Erzeugung der Naturbutter dadurch eine Konkurrenz erwachsen ist, welche als eine kaum noch zu überwältigende bezeichnet werden muß und die schon jetzt zur schweren Schädigung der deutschen Molkerei geführt hat und weiter dahin führen wird, falls nicht eine kräftige heilsame Aenderung in der Kunstbutter-Gesetzgebung stattfinden sollte.“

„Zu dieser Konkurrenz kommt noch der erschwerende Umstand, daß trotz der bisherigen Gesetze eine Fälschung von Naturbutter mit Margarine in zahlreichen Fällen stattfindet, welche man für unmöglich halten würde, wenn nicht die Resultate des sogenannten Berliner Butterkrieges das Gegentheil bewiesen hätten. Bekanntlich hat der vereidete Chemiker Dr. Bischoff nachgewiesen, daß unter tausend Proben 262 verfälscht waren. Bei der Schwierigkeit, welche die Untersuchung zur Zeit noch bietet, dürfte der wirkliche Satz noch ein beträchtlicherer sein. Zufüge von Margarine zur Naturbutter schwankten zwischen 30—60 pZt.“

„Es kann für den unbefangenen Beobachter keinem Zweifel unterliegen, daß besonders in Anbetracht der Futtermittel und der damit verbundenen, jetzt noch herrschenden Knappheit an Naturbutter derselbe Betrug im Großen in sämtlichen Staaten Deutschlands und namentlich an den größeren Buttermärkten weitvertrieben wird. Er erstreckt sich auch auf die Käsefabrikation, da Margarine-Käse meistens als Naturkäse verkauft wird.“

„Um die geschilderten Verfälschungen und Betrügereien aufzudecken, wird es der ausgiebigen Verwendung der Nahrungsmittel-Chemie bedürfen, die heute auf diesem Gebiete glücklicherweise einen Schritt vorwärts gethan hat.“

„Der Vorstand des „Rheinischen Bauern-Vereins“ hat mit Rücksicht auf die schädigende und unzweckmäßige Konkurrenz, welche nicht nur den Einzelnen, sondern sogar die so segensreich wirkenden Molkerei-Genossenschaften zu erdrücken droht, den ersten Antrag gestellt, die künstliche Färbung der Margarine gesetzlich zu verbieten.“

„Die Motivirung dieses ersten Antrages ist leicht. Sobald der Margarine keine der Naturbutter ähnliche Farbe mehr gegeben werden darf, kann der Verkäufer sie auch nicht mehr für Naturbutter auszubieten wagen, sondern wird sie als das verkaufen müssen, was sie ist. Hieraus würde dem Vertriebe der Naturbutter schon ein gewisser Schutz erwachsen.“

Zu dem zweiten Antrage wird bemerkt:

„Es giebt wohl keinen Industriezweig, wie schon der Augenchein beweist, welcher mehr Nutzen abwirft und andererseits die Landwirtschaft mehr schädigt, als die Margarine-Fabrikation. Der Vorstand des „Rheinischen Bauern-Vereins“ hat geglaubt, dem hohen Reichstage mit Rücksicht auf das in seiner Art einzige Ausblühen dieses Industriezweiges eine inländische Besteuerung desselben vorzuschlagen und zwar in der Höhe von M. 6 für 50 Kilo. Hierdurch würde das Pfund Kunstbutter um 6 $\frac{1}{2}$ vertheuert, ein sehr minimaler Preisaufschlag, wenn man damit den Preisrückgang für Naturbutter vergleicht, den letztere durch den delocalen Wettbewerb der Margarine erlitten hat. Sind doch selbst während der allergrößten Futtermittel-Preise für Naturbutter nicht allein nicht getrieben, sondern in Gegenden mit mangelhaften Verkehrsverhältnissen sogar noch zurückgegangen!“

So, nun haben die Margarinefabrikanten das Wort, um sich gegen den Vorwurf des „delocalen Wettbewerbes“ zu vertheidigen. Wir bezweifeln nicht, daß sie sich bemühen werden, diese Begründung als haltlos und als niedrigeren Konkurrenzneid entspringend zurückzuweisen. Offenbar kommt es den Bauernvereinsleuten allerdings nur darauf an, eine Art von Schutzzoll für ihre Butter zu erhalten. Uns können die Petenten nicht glauben machen, daß ihnen das Interesse der Konsumenten am Herzen liege. Auch die zur „Entlastung der ärmeren Klassen“ geforderte Herabsetzung der Salzsteuer um die Hälfte liegt wesentlich im Interesse der Butterproduzenten selbst, die bekanntlich das Salz ihrem Produkte zusetzen. So hofft man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Kapitalistische Entbehrungslohnne. Von den im Besitze von Aktiengesellschaften, Gewerkschaften und dem Staatsfiskus befindlichen Steinkohlenwerken in Sachsen erzielten im Jahre 1892 Ueberflüsse: Der Erzgebirgische Steinkohlen-Aktienverein M. 312 000, Forster Steinkohlen-Aktienverein M. 75 000, Schader Steinkohlen-Aktienverein M. 194 130, Zwidauer Bürger-Gewerkschaft M. 500 000, Zwidauer-Überhöndorfer Steinkohlenbauverein M. 278 400, Wockwa-Höhdorf Verein Feld M. 428 313, Gersdorfer Steinkohlenbauverein M. 236 505, Steinkohlenbauverein Gottes Segen M. 170 340, Steinkohlenbauverein Höhdorf M. 194 410, Steinkohlenbauverein Kaisergrube M. 118 950, Lugauer Steinkohlenbauverein M. 130 000, Delzniger Bergbau-Gewerkschaft M. 97 800, Königlich Steinkohlenwerk Zauderode M. 705 498. Die Ueberflüsse betragen insgesammt M. 4 141 081 gegen M. 4 988 362 im vorhergegangenen Jahre.

Die Frage der politischen Aktion in Holland hat am Sonntag, den 18. Februar, in der großen Protestversammlung der Eisenbahner-Gewerkschaft „Zimmer vorwärts“ in Amsterdam eine große Unruhe verursacht. Der Zentralvorstand des betreffenden Vereins hatte

Domela Nieuwenhuis, Fortuyn, Troelstra und van Kol als Referenten eingeladen. Ersterer hatte jedoch die Einladung abgelehnt. Etwa 1500 Personen, meistens in höchst erregter Stimmung, füllten den Saal. Fortuyn sprach zuerst, dann van Kol, der unter donnerndem Beifall die Anwesenden anregte, ihre Fachorganisation weiter zu gestalten, damit der Tyrann der Kapitalisten Schranken gesetzt werden, und zuletzt wies Troelstra darauf hin, wie die Entlassung der ersten Mitglieder dieser Gewerkschaft der Beweis sei, daß die Kapitalisten sich stärker fühlen als früher, um gegen diese Fachorganisation vorzugehen. Auch erörterte er, daß keines der Mitglieder weder an Gewaltthaten, noch an einen Streit denke, wiederum eben diese Gewerkschaft die kräftigste der holländischen Fachvereine sei und zwanzig (?) ihrer Mitglieder im Stande seien, an einem Tage den ganzen Eisenbahnverkehr in Holland in Unordnung zu bringen. Gegen diesen Beweis der Schwäche der sog. revolutionären und ökonomischen Aktion führte er den Umstand an, daß am 20. Februar die zweite Kammer die Berathung über den Gesetzentwurf zur Ausdehnung des Wahlrechts wieder eröffnete. Dies sei der Beweis, daß auf politischem Gebiet die Bourgeoisie schwächer und deshalb nachgiebiger sei, als auf ökonomischem. Für die Arbeiter sei dies ein Fingerzeig, daß ihre größte Kraft in der politischen Aktion liege, zu der er die Versammlung aufforderte.

Somit hatte die Versammlung einen ruhigen und sympathischen Verlauf. Zur Debatte meldeten sich drei „Revolutionäre“, von denen der erste sogar dem Genossen Troelstra das Recht absprach, in dieser Versammlung die Streiffrage der politischen Aktion zu erörtern und für dieselbe einzustehen. Der zweite, ein altbewährter Genosse Schröder, hatte in einer 25jährigen Erfahrung allen Glauben an das Wahlrecht verloren.

Der Vorstand hatte eine Resolution beantragt, worin auf Grund der gemachten Erfahrungen die Arbeiter aufgefodert werden, sich kräftig gewerkschaftlich und politisch zu organisiren, behufs der augenblicklichen Vermehrung ihrer Macht und der endlichen Erringung der ökonomischen Machtmittel. Der dritte Redner aber verwarf diese „parlamentarische“ Resolution und beantragte eine andere, worin die Versammlung ihre „innerliche Berachtung“ für die Eisenbahndirektion und ihre Sympathie für deren Opfer ausdrückte.

Vergebens führten unsere Genossen an, daß eine solche Resolution so zum wenigsten möglich sei, nur Worte und keinen Aufruf zur That enthalte. Die „revolutionäre“ Phrasenpropaganda des Domela Nieuwenhuis verfehlte unter seinen Anhängern auch diesmal ihre Wirkung nicht: die Thatsachen wurden verworfen und die Wortresolution mit einer kleinen Majorität angenommen.

Ein Zwischenfall kam vor, welcher die üblen Folgen der Nieuwenhuis'schen Verleumdungstaktik im grellsten Lichte zeigt. Genosse Troelstra stellte nämlich der Erfahrung des Genossen Schröder jene der Genossen Liebknecht und Bebel entgegen. Kaum hatte er die Namen dieser Genossen genannt, da erscholl ein hochgelächter durch den Saal. Als die „Revolutionäre“ sich ausgelacht hatten, machte Troelstra die Bemerkung, daß sie sich selbst lächerlich gemacht und wohl gelacht hätten über ihre Unkenntniß der Geschichte des Sozialismus. Ein donnernder Beifall folgte diesen Worten. Darauf wiederholte Troelstra noch einmal dieselben Worte und forderte die Lacher auf, nun abermals zu lachen, was sich keiner aber erdreistete. Als später Genosse van Kol darauf hinwies, wie die politische Aktion die Taktik der internationalen Sozialdemokratie und die sogenannte „revolutionäre“ nur die eines winigen Häufleins sei, erhob sich ein großer Widerspruch, der in einen suchtbaren Tumult überging, als er mit seiner donnernden Stimme seine Verachtung über die Beleidigung unserer zwei größten Vorkämpfer kundgab. Noch einige derartige Siege und die „revolutionäre Taktik“ hat auch im Holland abgedankt.

Die Amsterdam'sche „Rechtbank“ sprach v. Emmenes frei von der gegen ihn erhobenen Anklage der „Aufreizung zum Mord gegen Polizeibedienten“ und „Diebstahl von Brot“. Das öffentliche Ministerium hatte 2 Jahre Gefängnißstrafe beantragt. Van Emmenes hat noch 11 Monate abzusitzen. Er ist aber, wie schon berichtet wurde, nach Belgien geflüchtet.

10 658 Zahlungseinstellungen gab es 1893 in England, gegen 9609 im Vorjahre, davon 1099 gegen 1139 im Großhandel. (Es gehen mehr Kleine als Große krachen, das große Kapital konjunktirte sich.) In England und Wales allein werden die Verluste aus den Zahlungseinstellungen auf 10 696 453 Pfd. St. (M. 218 929 660) gegen 9 451 815 Pfd. St. (M. 189 086 300) im Vorjahre geschätzt.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Ausschluß der Zimmerer Stargards i. P. Bekanntlich befinden sich die dortigen Kameraden bereits seit Herbst 1893 im Kampfe mit ihren Arbeitgebern. Es sollten den Gesellen an ihrem ohnehin schon recht knapp bemessenen Lohn täglich noch weitere 50 $\frac{1}{2}$ abgezwaht werden. Das Unvermeidliche mußte eintreten. Die Gesellen sagten sich, lieber nicht arbeiten und hungern, als arbeiten und trotzdem hungern. Der Kampf wurde von beiden Seiten mit Erbitterung geführt, so daß an einen Ausgleich auf gutlichem Wege vorläufig nicht zu denken war. Jetzt ist plötzlich ein Umschwung zu Gunsten der Arbeitnehmer eingetreten. Der eigentliche Urheber der Lohnreduzierung, Meister Braaz, hat es eingesehen,

daß er seine vorhandene Arbeit nicht selbst oder mit ein paar Beurlingen fertig bringen kann. Deshalb hat er sich bereit erklärt, den früheren Lohn nach wie vor weiter zahlen zu wollen. Die erste Besche wäre somit in die Reihen der Arbeitgeber geklopft. Es wird nicht mehr lange dauern und die übrigen Zimmermeister müssen folgen, ob sie wollen oder nicht. Hoffentlich werden aber die Zimmerer Stargards es dem Meister Braatz klar machen, daß er mit einem ähnlichen Ansinnen nicht wieder an seine Gesellen zum Herbst herantritt.

Der zweite Verbandstag der Maurer Deutschlands tagte, wie schon einmal kurz gemeldet wurde, in Altenburg. Vertreten waren 22 Delegierte, drei Personen des Hauptvorstandes, eine Person des Verbandsauschusses und der Redakteur des „Grundstein“. Außerdem waren ein Vertreter der Generalkommission, Herr Deisinger aus Hamburg, und ein Vertreter des Verbandes deutscher Zimmerleute, Herr Bringmann aus Hamburg, anwesend.

Nach dem uns vorliegenden Geschäftsbericht des Vorstandes hatte der Maurerverband 1893 in 163 Zahlstellen 12 167 Mitglieder. Die Gesamteneinnahme beträgt M. 88 279,38, gegen das Vorjahr bedeutet das eine Wiedereinnahme von M. 7546,34. Die Gesamtausgabe beträgt M. 76 531,16, also gegen das Vorjahr mehr M. 9705 31. Unter den Ausgaben befinden sich M. 20 538,09, die als die üblichen Procente in den Lokalfassen verblieben, M. 5141,90 für Streiks an verschiedenen Orten, M. 7890,06 für Agitation, M. 5714,40 für Reiseunterstützung, M. 1066,59 für Rechtschutz und M. 23 961,90 für das Verbandsorgan „Der Grundstein“. Bei neun Posten haben sich die Ausgaben gegen das Vorjahr vermehrt und bei drei Posten haben sich dieselben vermindert.

Der Verbandstag beschäftigte sich auch mit dem vom Halberstädter Gewerkschaftskongreß empfohlenen Kartellverträgen resp. mit den eventuellen Verschmelzungen der Bauarbeiterorganisationen oder einigen Einrichtungen derselben. Von Seiten einer in Hamburg eingeleiteten Kommission ist besonders das Projekt, die Fachblätter der verschiedenen Organisationen zu verschmelzen, recht eingehend geprüft worden, worüber Herr Bömelburg Bericht erstattete. Diese Untersuchungen haben nun ergeben, daß durch die Verschmelzung der verschiedenen Fachblätter nicht eine Verminderung, sondern eine ganz bedeutende Vermehrung der Untkosten eintreten würde, weil das zu schaffende gemeinsame Blatt bedeutend größer sein müßte als irgend eines der jetzt erscheinenden Blätter. Bei einer Verschmelzung der vier Blätter, auf die sich die Berechnung stützt, (Grundstein, Zimmerer, Bauarbeiter und Schiffszimmerer) würden die Vorstandsbeschlüsse, Besammlungsberichte und Anzeigen in dem gemeinsamen Blatte, falls das Format des „Grundstein“ beibehalten wird, pro Woche 21 Spalten ausmachen. Das gemeinsame Blatt für diese vier Organisationen allein müßte also mindestens noch einhalbmahl so groß sein, als der „Grundstein“ jetzt ist.

Herr Bömelburg behandelte auch die Kartellverträge in Bezug auf Reiseunterstützung und Agitation sehr eingehend und wies sehr treffend nach, daß bei Abschluß solcher Verträge Vortheile für die einzelnen Organisationen nicht entstehen.

In der darauf folgenden Diskussion gingen die Meinungen und Ansichten über diese Sache sehr weit auseinander, man kann sagen, jeder Redner entwickelte eine andere Ansicht. Dies ist um so weniger verwunderlich, weil die diesbezügliche Diskussion sich bisher meistens nur auf Gemeinplätze bewegt hat. Die Ergebnisse der Untersuchungen, die von Seiten des Herrn Bömelburg und Genossen angestellt worden sind, werden vollständig im Druck erscheinen und dann der allgemeinen Diskussion eine neue Grundlage abgeben. Der Verbandstag nahm eine diesbezügliche Resolution an, in der es heißt: „In Erwägung, daß durch die Abschließung von Kartellverträgen, wie der Halberstädter Gewerkschaftskongreß dieselben empfiehlt, den Mitgliedern größere Opfer auferlegt werden müssen, welches aber mit Rücksicht auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht geboten erscheint; in weiterer Erwägung, daß in wirtschaftlich schlechten Zeiten Verringerungen in der Organisationsform schon deshalb nicht geboten erscheinen, weil, um die Organisation auf ihrer Höhe zu erhalten, stabile Verhältnisse in derselben vorhanden sein müssen, erklärt sich der Verbandstag mit der durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse begründeten passiven Haltung des Vorstandes betreffs Abschließung von Kartellverträgen im Allgemeinen und der Stellungnahme zur Organfrage im Besonderen einverstanden. Er wünscht aber die Frage, ihrer Wichtigkeit wegen, nicht außer Acht zu lassen.“

In der Diskussion über die Verbandsbeiträge wies der Vertreter des Zimmererverbandes darauf hin, daß auf diesem Gebiete zunächst die Grundlagen zu etwaigen Kartellverträgen oder Verschmelzungen geschaffen werden müßten. Es wäre sehr vorthelhaft, wenn die Organisationen der Baubranche, mindestens aber die Organisationen der Maurer und Zimmerer, ihre Beiträge ganz gleichmäßig gestalten würden, dadurch wäre es z. B. möglich, daß die Maurer und Zimmerer an einem Orte, wo sie gewillt sind zusammenzugehen, einen gemeinsamen Lokalverband bilden und trotzdem beiden Verbänden angehören können. Leider waren die Gemüther zu sehr durch die Diskussion über höhere resp. niedere Beiträge in Anspruch genommen, als daß auch dieser Gesichtspunkt noch hätte nach allen Seiten erwogen werden können.

Dieser Gesichtspunkt muß also bei nächster Gelegenheit auf anderem Wege in die allgemeine Diskussion getragen werden, denn er scheint uns der wichtigste bei der ganzen

Sache zu sein. Durch Verwirklichung desselben wird einer freien Entwicklung, von unten herauf, der Weg geebnet. Sollte dann der Wunsch nach Verschmelzung der Organisationen doch nicht in Erfüllung gehen, dann wird man gezwungen sein, die Ursache, die dagegen spricht, anderswo zu suchen, als wo dieselbe bisher gesucht worden ist.

Es lagen sehr viele und sehr verschiedene Anträge über die Zahlung der Beiträge vor, der Verbandstag beschloß, die Extrabeiträge neben den regelmäßigen Beiträgen beizubehalten, wie dieselben bisher bestanden.

Gerichtliches.

Eine merkwürdige Entscheidung fällt die Münchener Oberlandesgericht, wonach Kolporture die berufsmäßige Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß sie keine Schriften kolportieren, die einen „strafbaren Inhalt“ haben. Diese Entscheidung zeigt wieder, wie sehr mitunter juristische Logik und praktisches Lebensbedürfnis auseinandergehen. Wenn ein erfahrener Redakteur mit höherer Bildung einen Schriftsatz für nicht geschwädigt hält — kein Redakteur wird schreiben, um konfiszirt zu werden —, dann soll ein vielleicht betagter, wenig gebildeter Kolporteur, oder eine armselige Austrägerin, die einen Haufen der verschiedensten Zeitungen auf einmal bekommen und damit so rasch als möglich zu ihrer Kundschafft eilen sollen, mit juristischer Zinigkeit den Inhalt erst auf die unzähligen Strafbestimmungen prüfen, in deren Angeln auch der vorstichtigste Publizist fallen kann. Da müßte man ja verdichtete Leute zu Kolporturen nehmen, und nicht einmal solche dürften es sein, die im Staatskonkurs die Note III erhielten. Im vorliegenden Falle handelte es sich um ein sozialdemokratisches Unterhaltungsblatt, das Stellen enthielt, die als eine Verpötlung der Geistlichen und kirchlicher Einrichtungen erklärt wurden. Wenn nun einem solchen armen Kolporteur zufällig ein paar billige Heine- oder Goethe-Ausgaben mit in den Kansen gesteckt würden!

Für Versammlungsbefucher ist eine Entscheidung, die das Reichsgericht gefällt hat, von Interesse. Die Entscheidung lautet: „Ist dem Einberufer und Vorsitzenden einer Versammlung ein Saal vom Eigentümer desselben behufs Abhaltung dieser Versammlung zur Verfügung gestellt worden, so ist der Vorsitzende Dritten gegenüber zur Ausübung des Hausrechts besugt und die Nichtbefolgung der vom Eigentümer des Saales nicht widersprochenen Aufforderung des Vorsitzenden an den Dritten, den Saal zu verlassen, ist als Hausfriedensbruch zu bestrafen.“ Reichstreue Kadaverbrüder und Störer sozialistischer Versammlungen, wie sie z. B. in der Gegend von Eisleben noch üppig gedeihen, wird diese Entscheidung arg verschupfen, wenn sie gegen diese Burschen zur Anwendung gebracht wird.

Arbeiterversicherung.

Eine Ausdehnung der Invaliditäts-Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie ist im Bundesrath beschlossen worden. Darnach wird die Versicherungspflicht auf solche Hausgewerbetreibende erstreckt, die in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden (Fabrikanten, Fabrikanten, Kaufleute, Handelsleute) mit Weberei und Wirterei beschäftigt sind.

und zwar auch dann, wenn diese Hausgewerbetreibenden die Roh- oder Hilfsstoffe selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während der sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten.

Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung auf Personen,

die das Geschäft regelmäßig für eigene Rechnung betreiben und nur gelegentlich von anderen Gewerbetreibenden für deren Rechnung beschäftigt werden;

auf Personen, die in dem Betriebe des Hausgewerbes nur gelegentlich oder zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur nebenher und in so geringem Umfange thätig sind, daß der hieraus erzielte Verdienst zum Lebensunterhalt nicht ausreicht und zu den Versicherungsbeiträgen nicht in entsprechendem Verhältnisse steht;

auf Personen, die in einem anderen, die Versicherungspflicht begründenden regelmäßigen Arbeits- oder Dienstverhältnis zu bestimmten Arbeitgebern stehen und, ohne dieses Verhältnis zu unterbrechen, das Hausgewerbe nur nebenher, sei es regelmäßig, sei es nur gelegentlich, betreiben.

Die Hausgewerbetreibenden haben die Beiträge für ihre eigene Versicherung selbst dadurch zu entrichten, daß sie den schuldigen Beiträgen entsprechende Marken in ihre Quittungskarten einkleben.

Auf Grund des Invaliditätsversicherungs-gesetzes bezogen im Jahre 1893 schon rund 239 650 Personen Renten, und zwar 186 600 Personen Altersrenten und 53 850 Personen Invalidenrenten. Da Invalidenrenten erst nach einjährigem Bestehen des Gesetzes zur Zahlung gelangen können, so beginnt die Zahl der Invalidenrenten erst jetzt zu steigen, während die Zahl der Altersrenten so ziemlich den Höhepunkt erreicht hat, da alle Personen, welche das 70. Lebensjahr überschritten hatten, sofort in den Bezug der Rente traten, sofern sie bis dahin noch als Arbeiter thätig waren und eine Wochenmarke der Versicherung lösten. Der Rentenbetrag beläuft sich jetzt auf rund 28 Millionen Mark und repräsentirt ein Leibrentenkapital von 114,2

Millionen Mark, einschließlich des Reservefonds ein Kapital von 137 Millionen Mark.

Vermischtes.

Eine revolutionäre Strömung in höheren Schichten. Eine rothe Fahne, die an einem patriotischen Festtage der letzten Zeit auf dem Schlosse des Prinzen Heinrich in Falkenhäide bei Potsdam lustig wehte, hat bei den patentirten Staatsfahnen ein nur zu gerechtfertigtes Aufsehen erregt. Zum Glück stellte sich heraus, daß es keine verwegenen Proletarier waren, welche die Fahne auf dem Schlosse aufgehängt hatten, sondern daß der Sturmwind sich eine gegen die Etiquette verstößende Handlung erlaubt hatte. Er hatte nämlich die beiden zerbährischen Streifen kunstgerecht von der deutschen Tricolore abgetrennt und nur das feurige Roth lustig weiter wehen lassen, bis der Verwalter das schlimme Unheil merkte und die Fahne des revolutionären Proletariats schleunigst entfernte.

Ein Behdenier Gastwirth macht durch Nr. 17 des „Behd. Anz.“ bekannt: „Mein Lokal steht unterm heutigen Tage nur Gästen, die für Kaiser, König und Vaterland sind, offen. Versammlungen finden in sozialdemokratischen Beziehungen niemals mehr in meinem Lokal statt.“ Hoffentlich ist Behdenick nun gerettet.

Das größte Buch der Welt ist ohne Zweifel die ungeheuer umfangreiche „Geschichte des Sezessionskrieges“ (The War of Rebellion), deren Veröffentlichung vor 22 Jahren von der Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen wurde und die in kurzer Zeit vollendet vorliegen dürfte. Diese Geschichte besteht aus 120 Bänden in Oktavformat; 89 Bände sind bereits gedruckt. Jeder Band ist 7 1/2 Zentimeter dick, besteht aus 1000 Seiten und kostet 2000 Dollars, so daß das Werk, wenn es vollendet sein wird, aus 120 000 Seiten bestehen und der Regierung der Vereinigten Staaten fast eine Million Mark kosten wird. Von dieser kolossalen 120-bändigen Geschichte sollen 11 000 Exemplare gedruckt werden, aber sie werden wahrscheinlich beim Publikum nicht zahlreiche Käufer finden, da jedes Exemplar M. 5000 bis 6000 kosten soll. Die Bücher sind übrigens vornehmlich für die Archive jeder größeren Stadt in den Vereinigten Staaten bestimmt. Es überläßt Einen kalt, wenn man daran denkt, was aus der armen Menschheit werden sollte, wenn jeder von den zahllosen Kriegen, die sie mit Trauer erfüllt haben, z. B. der dreißigjährige Krieg, der Gegenstand einer so voluminösen Chronik bilden würde. Die Erde würde unter dem Gewicht dieses bedruckten und eingebundenen Papiers wahrscheinlich zusammenbrechen.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expd.: Berlin SW., Beuth-Strasse 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsdepotäre. Unter Kreuzband für März 50 M. Vom 1. April ab beträgt das Abonnement durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungsdepotäre pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80.

Nr. 6 vom 10. März hat folgenden Inhalt: Die politische Lage in Oesterreich. — Briefe aus Bayern. — Strindberg und die bürgerliche Ehe. — Reichstag. — Politisches. — Agrarisches. Vom Lande. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt.

Reisengüter in Preußen. IV. — Zur Landagitation. I. — Preussische Volksschulzustände. — Die amerikanische Arbeitsstatistik. — Gewerkschaftliches. — Arbeiterschutz. — Arbeiterversicherung. — Todtenliste.

Kurt Bäcker, **Die Volkunterhaltung.** Vom sozialpolitischen Standpunkte. II und 83 S. gr. 8°. Preis M. 1,20. Berlin, Deutsche Schriftstellergenossenschaft 1893.

„Die Zeitschwingen“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Verlag von J. B. C. A. N. E. L., Reichenberg, Böhmen, Friedländerstr. 12. Preis pro Heft 40 Heller = 40 M. Probehefte gratis. Die weitere Annahme von Festen gilt als Abonnementsaufgabe.

„Die Zeitschwingen“ sind das einzige sozialwissenschaftliche Organ in Oesterreich, welches in entschiedener Weise die Lehren des modernen Sozialismus vertritt.

Außer Abhandlungen über Volkswirtschaft, Volks-erziehung, Gesehskunde, Gesundheitspflege, Naturwissenschaft, Kulturgeschichte, sowie Biographien berühmter Vorkämpfer der Menschheit zc. bringen die „Zeitschwingen“ auch gute Erzählungen, Romane, Novellen, Dramen aus dem sozialen Leben, Gedichte zc.

Mit dieser Vervollkommnung sind die „Zeitschwingen“ in der Lage, allen gerechten Wünschen zu entsprechen.

Soeben erschien das 2. Heft, 5. Jahrgang.

Inhalt: Freiheit. Gedicht. — Der Fortschritt in der Geschichte. Von N. Mogilewski. I. — Was ist Volksbildung? Von Otto Lichtmann. II. — Die Kunst zur Zeit der französischen Revolution. Von Fritz Hansen. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Von A. Behr. II. — Eine neue soziale Utopie. Von Moritz Köhler, Leipzig. II. — Feuilleton: Das eigene Ich! Gedicht. — Moderne Schattenbilder. Soziale Studien von Edmund Schröpel. — Neues aus dem Gebiete der Wissenschaft. — Literatur. Der soeben abgeschlossene Jahrgang IV. der „Zeitschwingen“ bietet Aufsätze aus allen Wissenszweigen in

gebiegener, belehrender Weise, und ist somit jedem Arbeiter-Lese- und Fachvereine die Anschaffung desselben nur zu empfehlen.

Wer sich von der Gediegenheit des Inhalts überzeugen will, bestelle sich ein Probeheft. Preis eines Jahrgangs fl. 2.40 = M. 4.80.

Vorzugspreise mit 25 Proz. Ermäßigung erhalten alle jene Besteller des IV. Jahrgangs, welche schon Abonnenten des V. Jahrgangs sind.

„Die Wohlfahrt“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag von Josef Verane, Reichenberg, Böhmen, Friedländerstraße 12. Abonnementspreis pro Jahr fl. 1.50 = M. 3. Einzelne Hefte 15 kr. Probehefte gratis. Weitere Annahme eines zweiten Heftes wird als Abonnementszusage betrachtet.

Die „Wohlfahrt“ macht ihre Leser über die Ursachen, wie Krankheiten entstehen, vertraut, sie unterrichtet auch dieselben über die Mittel und Wege, wie selbe verhütet werden können. Sie klärt ihre Leser über schon vorhandene Krankheiten und über ihre Heilung auf. Die „Wohlfahrt“ wird die krankhaften sozialen Zustände, welche das Volk körperlich und geistig degenerieren, in berechteter Weise vor das Forum der Öffentlichkeit bringen.

Soeben erschien das 2. Heft des 1. Jahrganges; dasselbe weist folgenden Inhalt auf: Ursprung, Wesen und Heilung der Krankheiten, von Dr. med. F. Vantmann. — Gesundheitspflege im Arbeiterheim, von Klara Mücke. — Welchen Einfluß haben Arbeit, Bewegung und Ruhe auf unsere Gesundheit (Fortsetzung), von Hermann Wolf. — Gesichtsausdrucksstunde, von G. A. Noller. — Die Wahl der Nahrungsmittel nach der Konstitution, von R. Wiesenthal. — Die Frau als Arbeiterin und die in ihrem Beruf erworbenen Krankheiten, von A. Telesphor. — Rundschau. — Vereinsnachrichten. — Mannigfaltiges. — Wärschau. — Anzeigen.

Adressen

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

(Ersterer ist der Vorsitzende, der Zweite der Kassirer.)

- Achern.** D. Köppl, Oberachern.
- Albern.** D. Köppl, Oberachern.
- Aldingen.** D. Maurer.
- Altenburg.** (Sachsen-Altenburg.) F. Mahn, Eisenstr. 12.
- Altona a. d. Elbe.** C. Hamann, Bürgerstr. 74, 1. Et.
- Angsbürg.** G. Sappinger, Klaukestraße 11.
- Armen.** Chr. Bächtold, Haspelerstraße 9.
- Bayreuth.** G. Zimmermann, 99 Gärten 3.
- Bergedorf.** H. Roth, Sande, Heinrichstraße 3.
- Berlin.** A. Gruse, Barnimstraße 41 a, v. 3. Et., NO. I. J. Kaumann, Culinstraße 36, W. II. Chr. Hilgenfeld, Bergstraße 60, N. III. W. Zippe, Markusstraße 14, O. IV. C. Gutheil, Stephansstraße 33, NW. V. W. Zepke, Mariannenstraße 33, Keller, S.
- Bernburg.** Balant.
- Biebrich.** K. Krämer, Schloßstraße, Ecke der Obergasse.
- Bielefeld.** A. Becker, Friedrichstraße 64.
- Bismarck.** J. Dost, Hellwegstraße 13.
- Boizenburg a. d. Elbe.** F. Klinkhardt, 2. Zwiete.
- Braunschweig.** F. Hau, Juliusstraße 33.
- Bredow b. Stettin.** H. Piepenhagen, D. Bredow, Wilhelmstraße 50.
- Bremen.** A. Brühl, Kleine Krummestraße 20.
- Breslau.** K. Wöhaupt, Waterloostraße 26, 1. Et.
- Brühl i. W.** H. Schwemer, Hinterstraße.
- Bulach b. Karlsruhe.** A. Bolz, Beierthheim, Abstr. 5.
- Calbe a. d. S.** G. Dendert, Entengasse 5.
- Cammin i. W.** H. Gurke.
- Cannstatt.** F. Hägele, Karlstraße 73 C.
- Cassel.** G. Quittner, Holländische Straße 33.
- Celle.** Th. Glade, Texas 11.
- Charlottenburg.** K. Schulz, Kantstraße 164.
- Chemnitz.** E. Eichhorn, Blankenauerstraße 40.
- Elbe.** J. Günther.
- Elm b. Meissen.** K. Reichel, Fischergasse b. Meissen.
- Essen.** D. Dieze, Großenhainerstraße 4.

- Cöpenick.** W. Biegelmann, Amtsfeld 8.
- Cuxhaven.** H. Bertram, Deichstraße 41.
- Danzig.** E. Sellin, Rittergasse 17.
- Delmenhorst.** H. Bedmann, Deichthorstraße 5.
- Döberau i. M.** W. Trost, Kröpelinerstraße.
- Dortmund.** E. Richter, Grünstraße 18.
- Dresden.** H. Bischoff, Guglowsstraße 25, 4. Et., Altstadt.
- Düsseldorf.** F. Feldkamp, Nordstraße 79.
- Duisburg.** D. Kamm, Steinstraße 15.
- Eckernförde.** C. Schnorr, Fischerstraße 79.
- Elberfeld.** K. Hahn, Untergrünwaldstraße 15.
- Elbing.** J. Fabert, Kropfshofstraße.
- Emshorn.** A. Struve, Friedenstraße 41.
- Erfurt.** W. Fiegler, Grünstraße 20.
- Essen a. d. R.** G. Boland, Kaupenstraße 130.
- Forsbach b. Hoffnungsthal.** Th. Schumacher.
- Frankfurt a. M.** B. Fries, Bodenheimerlandstr. 5.
- Frankfurt a. O.** W. Kefner, Sandstraße 8 c.
- Freiburg i. B.** A. Köhler, Beurbarungsstraße 13.
- Friedrichshagen.** F. Alperstädt, Wilhelmstraße 31.
- Fürth i. B.** J. Vestus, Marktstraße 7.
- Gaarden.** C. Gamm, Kielerstraße 3.
- Gadebusch.** Fr. Butt bei Meier, Schulstraße.
- Gelsenkirchen.** N. Zahn, Grenzstraße 8.
- Görlitz.** K. Franke, Kahle 7.
- Göttingen.** Chr. Biegler, Johannisstraße 9.
- Goslar.** F. Busch, Kundenienstraße 10.
- Groß-Alheim.** W. Bogum, Auwenweg 371.
- Groß-Flottbeck b. Rissenstedten.** A. Wulbieter.
- Groß-Harthau.** G. Caspar.
- Groß-Ditterleben.** A. Telge, Gr. Schulstraße 20.
- Güstrow.** F. Müller, Steinstraße 1.
- Hagen i. Westf.** P. Vogel, Dfstraße 2, 2. Et.
- Halberstadt.** W. Koch, Weichstraße 4 f.
- Halle a. d. S.** G. Förster, Keilstraße 8.
- Hamburg.** E. Fabrenwald, Beim Schützenhof 31, 1. Et. I. Bez. H. Böhl, Hammerbrookstraße 108, 4. Et. II. Bez. J. Gätke, Siderstraße 27, 3. Et. r. III. Bez. C. Dalhe, Elbdeckerweg 134, H. 2, 2. Et. IV. Bez. H. Bagel, Johannesstraße 18, 3. Et.
- Hamburg-Eimsbüttel.** H. Faur, St. Pauli, Bergstraße 13, 2. Et.
- Hamburg-Eppendorf.** F. Laeger, Albertstraße 148, 2. Etage.
- Hamburg-Georgswerder.** J. Wichern, Nr. 9 a.
- Hamburg-Hamm u. Horn.** C. Hagström, Vorstelmannsweg 25.
- Hannover.** W. Somlich, Strangriede 48, 3. Et. I. Bez. F. Lambrecht, Hofmühle 8. II. Bez. F. Mahn, Neuestraße 27, 2. Et.
- Hannover-Linden.** H. Lembde, Konradstr. 11, 4. Et.
- Harburg a. d. Elbe.** C. Kurth, Kasernenstraße 19.
- Heidelberg.** J. Weber, Bauamtsgasse 4.
- Heildorf.** C. Ledert, Kirchgasse 103.
- Heilbrunn a. N.** F. Vogt, Sonthheim.
- Hersleben.** E. Eberhardt.
- Hermannsburg.** H. Meyerhoff.

- Herne.** G. Willhuff, Regentamp 3.
- Herzfelde.** K. Busch.
- Hildesheim.** F. Sauerwein, Braunschweigerstraße 10.
- Hirschberg i. Schl.** H. Hertramph, Runnersdorf 509.
- Höchst a. M.** Karl Kaspar Kleinhenz, Unterliebenbach.
- Hohenleina b. Crensch.** F. Schwarze, Gr. Krostitz.
- Insterburg.** F. Best, Feldstraße 19.
- Kaiserslautern.** F. Feierabend, Theresienstraße 1.
- Kalk a. Rh.** B. Hill, Mülheimerstraße 215.
- Kalbfelderhörsdorf.** D. Matthes.
- Karlsruhe i. B.** K. Krauß, Schützenstraße 19.
- Kiel.** W. Rohwedder, Hopfenstraße 5 a.
- Kirchheim b. Seibelsberg.** Karl Ph. Baumann.
- Köln a. Rh.** N. Pape, Kl. Griechenmarkt 45.
- Königsberg i. Pr.** F. Meh, Altstädtische Holzstraße 4-5, 2. Platz.
- Kröplin i. W.** Chr. Löschner.
- Laage i. M.** C. Blohn.
- Labiau.** F. Schaar, Damstraße.
- Langendiebach.** J. Guth I.
- Lauenburg a. d. E.** W. Schröder, Kl. Sandberg 2.
- Lehe-Oestemünde.** Fr. Bergner, Lehe, Deichstr. 6, 2. Et.
- Leipzig.** E. Rothe, Humboldtstraße 33.
- Leipzig.** I. E. Raft, Gohlis, Möderneschestraße 31.
- Leipzig.** II. J. Frische, Meuditz, Leipzigerstraße 3.
- Leipzig.** III. A. Kaiser, Friedrichstraße 41.
- Leipzig.** W. Stegemann, Friedrichstraße.
- Leipzig.** F. Lucht, Alte Schulstraße.
- Leipzig.** W. Labove.
- Leipzig.** W. Jagow.
- Leipzig-Hafen a. Rh.** H. Nagel, Dammstraße 1.
- Leipzig.** W. Mengel, Mohrstraße 38.
- Leipzig.** W. Hering, Rosenstraße 3.
- Leipzig.** L. Schoof, Pelzerstraße 27.
- Leipzig.** K. Tödter, Auf dem Meer 22.
- Leipzig.** H. Künzler, Rothenbleicherweg 103.
- Magdeburg.** W. Lauben, Weinbergstraße 44 a.
- Mainz.** W. Witt, Kappel, Kl. Kirchgasse 1.
- Malsch.** H. Nieß, Muggenbüdn 9.
- Malsch.** Th. Krüger, Bahnhofstraße 18.
- Malsch i. M.** C. Schirmer, Bergstraße.
- Malsch.** W. Dobbetin, Kirchenstraße 287.
- Mannheim.** Fr. Medan, T 6 Nr. 11.
- Marburg.** (Bez. Kassel) A. Raumann, Marbach.
- Mariendorf.** F. Sopp, Chausseestraße 83.
- Meiningen.** E. Rommel, Brunnenweg 4.
- Meiningen.** C. Dreßler, Steinweg, b. Zimmermeister Schäfer.
- Meiningen.** Memel. F. Aug. Zippe, Contre Escarpe 3-4.
- Minden i. Westf.** A. Dörmann, Stiftstraße 122.
- Möln i. L.** L. Severt, Am Wall 6.
- Mühlhausen i. S.** G. Gern, Lagerplatzgasse 6.
- Mühlhausen i. S.** F. Nickel, Köchlinstraße 71.
- Mühlhausen a. Rh.** P. Neusius, Kalkerstraße 6.
- Mühlhausen a. d. Ruhr.** C. Wegmacher, Broich II 333.
- München.** J. Scheurer, Fleischstraße 8/0.
- Neubrandenburg i. M.** Aug. Warnde, Kl. Fischerstr. 2.
- Neumünster.** F. Keller, Haart 65.
- Neustadt a. Haardt.** F. Dörzapf, Rittergartenstr. 14.
- Neustadt a. Haardt.** K. Paulus, Rittergartenstraße 26.
- Neuwokern b. Groß-Wokern.** F. Warkentin, Groß-Wokern.
- Neuwokern.** F. Dilling, Neu-Wokern.
- Nowawes.** H. Krop, Auguststraße 13, 1. Et.
- Nürnberg.** Th. Vogel, Kl. Insel, Schütt 6, 2. Et.
- Offenbach a. M.** W. Raab, Feldstraße 61.
- Offenbach a. M.** W. Göbel, Götterstraße 40.
- Oslau.** E. Blach, Bahnhofstraße 38.
- Osnabrück.** W. Meyer, Hafenermuer 2.
- Osterburg.** W. Cornehl, Ballerstedterstraße 453.

- Ottensen. W. Meyer, Rothestraße 82.
 H. Holler, 2. Bornstraße 15, 1. Et.
Basewalk. F. Bitter, Stettiner Vorstadt 494.
 W. Lemke, Anklamer Vorstadt 17.
Binneberg. F. Eggerstedt, Halstenbef.
 A. Langer, Am Damm.
Birmajens. W. Senfer, Ringstraße 25.
 B. Funda, Alleestraße 29.
Blitzhausen b. Neutlingen. G. Feldweg.
 G. Bayer.
 * **Bosen.** J. Koprowski, Winiary 69, bei Bosen.
 A. Mroczkowski, Bahnhofstraße 2, 2. Et., Zerzig.
Boisdam. F. Rüsche, Barnim, Parkstraße 3.
 G. Wackguth, Moltkestraße 3.
Brech. Th. Geßler, Kronsburg 162.
 F. Wulff, Kronsburg 173, 1. Et.
Rigdorf. A. Müller, Steinwegstraße 1, 2. Et.
 E. Bischoff, Zietzenstraße 69, Hof, 1. Et.
Rostock i. M. H. Bell, Stampfmüllerstraße 8.
 P. Walz, Augustenstraße 64.
Rudolstadt. F. Bitter, Alte Straße 45.
 D. Rohlfach, Weimariße Straße 25.
Ruhrort. D. Bollert, Louisenstraße 6.
 M. Schud, Karlstraße 13.
Schlaben b. Neuzelle. A. Heide.
 P. Henschel.
Schöneberg b. Berlin. F. Radtke, Nollendorferstr. 38.
 C. Sommer, Colonnenstraße 59.
Schröck b. Marburg. J. Damm.
 F. Matt.
Schwaa. S. Lichtwart, Marienstraße 471.
 J. Juhmann, Wallstraße 44.
Schwartau. K. Kiebusch, Rensfeld.
 F. Barfleh, Rensfeld.
Schwerin i. M. E. Bichnow, Hospitalstraße 2, 3. Et.
 F. Heider, Frit Neuterstraße 56, 2. Et.
 * **Segeberg.** S. Roggenfee, Kl. Riendorf.
 A. Kohn, Hamburgerstraße 64.
 * **Solingen.** F. Schneider, Kaiserstraße 246.
 A. Quendt, Schlagbaumerstraße 112.
Spandau. F. Blante, Adamsstraße 4 a, 2. Et.
 R. Hulsner, Seeburgerstraße 17.
 * **Stahfurt.** R. Blume, Leopoldshall, Kronenstraße 3.
 W. Semp, Leopoldshall, Kronenstraße 2.
Steglich. F. Carl, Friedenau, Handjeriestraße 71.
 S. Rose, Hohenzollernstraße 3.
Steinbek b. Schiffbek. F. Hamester.
 A. Soltan.
Sternberg i. M. F. Köpfe, Großer Spiegelberg.
 S. Evert, Zinnengießer-Straße.
Stettin. W. Neumann, Bellevuestraße 41.
 C. Michaelis, Bäckerberg 4 d.
Stralsund. F. Dinsel, Kanonenweg 15.
 C. Holz, Apollinienmarkt 11.
Strausberg. A. Wehlig, Wilhelmstraße 66.
 R. Braetich, Wriegnerstraße 21.
Stuttgart. J. Gienwein, Bachstraße 1.
 L. Waim, Redarstraße 111.
Tessin i. M. C. Hennings, Grünestraße.
 A. Jels, Gnoienier Straße.
Thorn. J. Mikusinski, Kirchhofstraße 79.
 A. Vange, Kirchhofstraße 64.
Verden i. O. G. Bertram, Schanze 31.
 F. Wassmann, Johannestraße 1.
Wandsbek. S. Schröder, Bramfelderstraße.
 C. Feitmann, Zollstraße 80.
Warin i. M. Joh. Dunter.
 R. Bieffert.
Warnemünde. F. Stiegmann.
 G. Wittenburg, Poststraße 25.
 * **Wattenscheid.** W. Muß, Chauffeestraße 12.
 F. Pohle, Böbestr. 8.
Weimar. E. Biensack, Pabststraße 13.
 L. Rätzsch, Kettenberg 7.
Weinheim. Th. Bugbach.
 R. Schmollack, Bez. VI 88.
Weißensee b. Berlin. J. Simon, Gustav Adolfstr. 21.
 W. Rutsche, Gustav Adolfstraße 14.
Wiesbaden. Fr. Thiel, Jahnstraße 3.
 Ed. Berges, Blücherstraße 22.
Wil b. Kiel. W. Leuenhagen.
 C. Feddern.
Wilhelmshaven. Fr. Janssen, Friederikenstraße 3.
 S. Freistädter, Grenzstraße 42.
Wilmerdorf b. Berlin. W. Schulze, Wilhelms-Pl. 17.
 W. Winne, Brandenburgische Straße 104.
Wolfenbüttel. D. Schick, Karlstraße 25.
 S. Bartels, Thiederstraße 57.
 * **Wolmirstedt.** A. Giese, Anger 258.
 Th. Magnus, Gipselstraße 85.
 * **Worms.** Balant.
 Th. Zimmermann, Mainzerstraße 33.
Würzburg. F. Opel, Gertrautengasse 2.
 J. Faber, Reibelgasse 12.
Wurtemberg b. Pforzheim. J. Neff.
 Chr. Binder.
Zwickau i. S. A. Spizner, Burgstraße 48.
 F. Helfrecht, Hohestraße 11.

Hauptbureau:
 D. Niemeyer } Hamburg-Eilbeck, Jungmannstraße 22.
 J. Wirth }
 Vorsitzender der Kontrollkommission:
 C. Schnack }
 Hamburg-Eimsbüttel, Frucht-Allee 80/82, S. 15, 3. Et.
 Die mit einem * versehenen Verwaltungsstellen haben eine Neuwahl des Vorstandes noch nicht vorgenommen, die Adressen sind demnach die alten.

Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bimmerer

(Eingeschriebene Hilfskassen Nr. 2 in Hamburg).
 Vom 1. bis 28. Februar erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen:
 Cannstatt M. 111,70, Danzig 10,55, Dödenhuden 100, Elbing 13,75, Gr.-Auheim 150, Hamburg IV 100, Hamburg-Eimsbüttel 200, Hamburg-Eppendorf 100, Lübeck 100, Magdeburg 5,25, München 200, Birmajens 50, Würzburg —,90. Summa M. 1142,15.

Vom 1. bis 28. Februar erhielten Zuschuß die örtlichen Verwaltungen:

Altona M. 200, Augsburg 150, Barmen 75, Bergedorf 100, Berlin IV 200, Berlin V 200, Dieblich 40, Braunschweig 80, Bredow 100, Breslau 100, Charlottenburg 100, Cölbe 50, Cöln 31,50, Cuxhaven 35, Danzig 30, Doberan 100, Dortmund 200, Dresden II 100, Ebernforde 100, Elberfeld 120, Elbing 100, Frankfurt a. M. 100, Gelsenkirchen 10, Gr.-Hartau 50, Hagen 10, Hamburg II 166, Hamburg IV 142, Hamburg-Georgswerder 50, Hanau 150, Hannover II 200, Heibingsfeld 50, Hirschberg 18, Jüterburg 100, Kaiserlautern 350, Kall 50, Kiel 100, Kirchheim 160, Köln a. Rh. 150, Königsberg 100, Leipzig I 100, Leipzig II 100, Magdeburg 300, Mainz 80, Malchow 100, Mannheim 100, Meiningen 80, Memel 50, Minden 75, Mülheim a. Rh. 30, Mülheim a. Ruhr 105, München 150, Neu-Wöckern 50, Ottenen 48, Pasewalk 60, Pöbwen-Bücknis 50, Rigdorf 250, Ruhrort 60, Schröck 130, Segeberg 50, Sternberg 25, Stuttgart 100, Thorn 100, Wandsbek 150, Weinheim 65, Weikensee 50, Wiesbaden 24, Wilmersdorf 80, Wolfenbüttel 80, Wurmsberg 85, Würzburg 200. Summa M. 7094.

J. Wirth, Hauptkassirer,
 Hamburg-Eilbeck, Jungmannstraße 22.
 Gelder sind nur an Obigen zu senden.

Achtung!

Der Bücherabschluss für das erste Quartal 1894 muß unter allen Umständen am 1. April erfolgen.
 Alle Einnahmen und Ausgaben, die nach dem 1. April gemacht, müssen für das zweite Quartal gebucht werden.
 Etwas überflüssige Gelder, die noch für das erste Quartal als an die Hauptkasse gefandt verrechnet werden sollen, müssen vor dem 1. April dem Hauptkassirer zugefandt werden. Gelder, die nach dem 1. April abgefandt, müssen für das zweite Quartal verrechnet werden.
 Etwasiger Zuschuß für das erste Quartal muß vor dem 1. April eingefordert werden. Der Vorstand.

Agitations- und Unterstützungsfonds

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bimmerer.

Folgende Verwaltungsstellen werden ersucht, mit Schluß des ersten Quartals eine Abrechnung über die am Ort vertriebenen Marken zu liefern, und soweit dieselben nicht verkauft, mit einzufenden.
 Altona M. 100, Barmen 24, Bayreuth 6, Dieblich 8, Boizenburg 7, Brüel 25, Cuxhaven 25, Ebernforde 10, Forstbach 25, Frankfurt a. M. 118, Frankfurt a. D. 20, Groß-Auheim 95, Groß-Hartau 25, Hamburg-Eimsbüttel 100, Kaiserlautern 100, Kall 25, Labiau 10, Malchow 50, Marburg 35, Meiningen 68, Minden 51, Mülheim a. Rh. 20, Mülheim a. b. Ruhr 10, Neustadt a. S. 44, Osterburg 20, Pöbwen 38, Stahfurt 25, Schwartau 20, Stralsund 50, Weimar 25, Wolfenbüttel 2, Worms 25, Wurmsberg 20.
 D. Niemeyer.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Bersammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Bersammlungs-Anzeigen bis zu 8 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Barmen. Sonntag, den 25. März, bei Wülfing, Ecke Oberdörner- und Rübigerstraße.
 Bergedorf. Sonntag, den 25. März, Nachmittags 4 Uhr, in „St. Peterburg“.
 Berlin. (Osten). Mittwoch, den 21. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Henke, Blumenstr. 28.
 Berlin. Sonntag, den 18. März, Vorm. 10 Uhr, bei Volz, Alte Jacobstr. 75.
 Bochum. Sonntag, d. 25. März, in der „Germaniahalle“.
 Charlottenburg. Dienstag, den 20. März, bei Krause, Bismarckstraße.
 Cuxhaven. Sonntag, den 25. März, bei Wee. Bier, „Nitzbütteler Herberge“.
 Danzig. Dienstag, den 27. März, im Verbands-Lokal, Breitegasse 42.
 Dortmund. Sonntag, den 25. März, im Vereinslokal.
 Offen. Sonntag, den 25. März, Nachmittags 4 Uhr, im „Restaurant Franzen“, Brandstraße.
 Flottbek. Sonntag, den 25. März, bei Schuegel, Nienstedten.
 Flensburg. Sonntag, den 18. März, Abends 6 Uhr, bei Wee. Joost.
 Frankfurt a. M. Donnerstag, den 22. März.

- Halberstadt. Dienstag, den 20. März, in Dollmann's Lokal, Badenstraße 63.
 Hamburg. Dienstag, den 20. März, bei Süßsch, Neust. Neustraße.
 Kellinghusen. Sonnabend, den 24. März.
 Lübeck. Dienstag, den 20. März, Abends 8 Uhr, bei Sparmann, Hundestraße 102.
 Lauenburg. Sonntag, den 25. März, Nachmittags 4 Uhr, bei P. Schulz, Friesenheimerstraße 47.
 Neubrandenburg. Sonntag, d. 25. März, Pfaffenstr. 29.
 Neukloster. Sonntag, den 25. März, Nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirth Satom.
 Spandau. Dienstag, den 20. März, Abends 8 Uhr, bei Mehlis, Charlottenstraße 19.
 Stettin. Dienstag, den 20. März, Abends 7 1/2 Uhr, bei Gante, Zentralherberge.
 Warin. Sonntag, den 25. März, Nachm. 4 Uhr, auf der Herberge.
 Wilhelmshaven. Freitag, den 23. März, Abds. 8 Uhr, bei Thurmann, Heppens.

Anzeigen.

Lokalverband Malchin i. M.
 Am 3. März verstarb im 60. Lebensjahre unser treues, langjähriges Verbandsmitglied
F. Völker.
 Ehre seinem Andenken! [2,70]

Berkehrslokale, Herbergen usw.

- (Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)
 Berlin N. Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bimmerer
 — W. Zipple, Marktstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Bimmerer.
 — Julius Raumann, W., Kulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Bimmerer.
 Bergedorf. Zentralherberge und Verkehrslokal bei Joh. Bez, Löffertvierte 8.
 Breslau. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
 Charlottenburg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Bersammlung. Verkehrslokal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bimmerer beim Kameraden S. Krause, Bismarckstr. 74.
 Danzig. Vereins- und Verkehrslokal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
 Dresden. Herberge und Verkehrslokal befindet sich im „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzstraße 3. Dortselbst ist auch jeden Sonnabend Kassenabend für Verbandsmitglieder. An- und Abmeldungen werden nur dort oder in der Wohnung des Unterzeichneten entgegen genommen. Hermann Jährg, Dieckstr. 6, IV.
 — Zehl's Restaurant, Mittelstr. 6. Jeden Sonnabend Zahlabend der Zentralkrankenkasse und des Verbandes, sowie Aufnahme neuer Mitglieder.
 Düsseldorf. „Neue Welt“, Fingierstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.
 Hamburg. Zentralherberge: Wid (vormals Diehl), große Rosenstraße 37.
 Hamburg-Eimsbüttel. Fr. Lemke, Verkehrslokal Belle-Alliancestr. 49.
 Hamburg-Eilbeck. D. Niemeyer, Wandsbeker Chauffee Nr. 155, Haus 3, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
 Hamburg-Warmbeck. Verkehrslokal für Bimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
 Hannover. Bersammlungslokal bei Bolte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingfint, Ballhofferstr. 1.
 Harburg. Bersammlungslokal der Bimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Bissenhop, erste Bergstraße 7.
 Kellinghusen. Herberge und Vereinslokal: S. Wraage, „Vollshalle“.
 Leipzig. Verkehrslokal und Arbeitsnachweis bei Winter, Restauration, Universitätsstr. 6, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Kl. Fleischergasse, J. Neubauer's Restaurant.
 Lübeck. Verkehrslokal: Fr. Spahmann, Hundestr. 101. Arb. Nachw.: W. Hörmann, Schlumacherstr. 5/16.
 Rostock. Verkehrslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
 Spandau. Zimmererherberge und Verkehrslokal bei H. Schulz, Adamsstraße 9.
 Stettin. Verkehrslokal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harrath, Bogislavstr. 22.
 Stuttgart. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.

Drud: Hamburger Buchdruckeri und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.